

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE BOURGEOISIEN WOLLEN DIE EINIGUNG VORANTREIBEN

Staatsschuldenkrise treibt europäische Integration voran

Bei ihrem Krisengipfel am 26./27. Oktober in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten wichtige Grundlagen für eine gemeinsame Finanz- und Haushaltspolitik der Eurozone gelegt. Unter dem Rettungsschirm des Stabilisierungsfonds EFSF, der in zwei Jahren in einen Europäischen Mechanismus (ESM) umgestaltet werden soll, wurde ein Stützungsverfahren für die Euro-Währung mit einem Volumen um etwa eintausend Milliarden Euro vereinbart. Zugleich wurde Italien – teilweise erfolgreich – gedrängt, seine Staatsverschuldung deutlich zu reduzieren.

Auf dem Papier gab es schon seit längerem Elemente einer gemeinsamen Fiskalpolitik – die sogenannten Maastricht-Kriterien, nach denen die Staaten sich in ihren jährlichen Haushalten jeweils um maximal 3 Prozent und insgesamt nicht höher als 60 Prozent ihres Brutto-Inlandsprodukts verschulden durften. Deutschland und Frankreich verstießen 2004 als erste gegen diese Regel. Die Europäische Kommission hätte daraufhin ein Defizit-Verfahren einleiten müssen, das mit empfindlichen Geldstrafen für die Sünder hätte enden können; aber dazu kam es aus politischen Gründen nie. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wurden dann nahezu flächendeckend im Euroraum die Defizitgrenzen überschritten, um Programme zur Wirtschaftsförderung zu finanzieren, z.B. Neuwagenkäufe mit staatlichen Beihilfen.

Bis dahin war es zwar ärgerlich, wenn einzelne Euro-Staaten gegen die vereinbarten Verschuldungsregeln verstießen, aber es gab keine sicht- und spürbaren Konsequenzen für derartige Regelverstöße. Das änderte sich schlagartig, als eines der kleinsten und wirtschaftlich unbedeutendsten Länder der Euro-Zone, Griechenland, von den internationalen Finanzmärkten in den Blick genommen wurde. Griechenland konnte Kredite für seine



Staatsschulden in den letzten Jahren nur noch zu exorbitant hohen Zinsen von zuletzt um die 15 Prozent erhalten, während z.B. deutsche Staatsschuldverschreibungen für um die zwei Prozent Rendite Käufer fanden. Allen Beteiligten – privaten Investoren ebenso wie den europäischen Regierungen – war klar, dass Griechenland kurz vor dem Staatsbankrott stand, weil es seine Schulden nie und nimmer würde bezahlen können.

Die Situation wurde aber insbesondere dadurch dramatisch, weil nach Griechenland weitere und größere Volkswirtschaften der Eurozone in den Blick der Investoren gerieten, die ebenfalls hohe Staatsschulden und eine zweifelhafte wirtschaftliche Perspektive hatten – Irland, Portugal und Spanien und zuletzt auch Italien. Auf Dauer steigende Zinslasten für ihre Staatsanleihen würden auch für diese Länder den Weg in den Abgrund geöffnet haben. Damit war die Frage für die Gesamtheit der Euro-Staaten gestellt, ob sie einen schrittweisen Erosionsprozess der Eurozone hinnehmen würden, in welchem ein Staat nach dem andern von den internationalen Großinvestoren durch immer höhere Risikozinsen sozusagen zu Tode getestet würde; oder ob sie durch stützende Eingriffe für schwächelnde Mitglieder die Risiken für Kreditausfälle gegenüber den Investoren entscheidend verringern und dadurch die Zinslasten für die bedrohten Staaten im erträglichen, d. h. rückzahlbaren Bereich halten.

Wir wissen seit kurzem definitiv, wie die wesentlichen Grundsatzentscheidungen aussehen, welche die Euro-Staaten getroffen haben: Sie

Unsere Diskussionen über die weitere Entwicklung der Europäischen Union und der EURO-Zone angesichts der sich verschärfenden Krisenerscheinungen hat zu unterschiedlichen Einschätzungen geführt. Während ein Artikel die These vertritt: »Die Staatsschuldenkrise fördert die europäische Integration«, betont der Artikel »Von der Eurokrise zur politischen Union?« die nationalen Widersprüche, die durch die Schuldenkrise noch verstärkt werden. Wir stellen hier beide Positionen zur Diskussion und fordern unsere Leser auf, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Die Red. ■

Von der Eurokrise zur politischen Union ?

Berlin: Krankenhaus-Streik seit 2 Monaten

England: Aufruhr der Ärmsten

Stahl: ArcelorMittal legt Standorte still

Buchbesprechung: Biografie zu Johann Knief

wollen die Eurozone gegen Spekulationen verteidigen, indem ein finanzielles Schutzpolster aus gemeinsamen Garantieverprechen aller Euro-Mitglieder in Höhe von erst einmal etwa einer Billion Euro gebildet wird. Schuldentrückführungen in den Staatshaushalten der Mitglieder und Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien bei gleichzeitiger Überwachung und ggf. Sanktionierung durch die Europäische Kommission wurden ebenso vereinbart. In den noch bevorstehenden Verhandlungen über die Einzelheiten der Umsetzung der gemeinsamen Grundsätze werden die unterschiedlichen Interessen von Parteien, Regierungen, öffentlichen und privaten Kreditinstituten und industriellem Kapital aufeinander prallen. Davon wird das Eine oder Andere nach Außen sicken, beileibe nicht alles.

Der Zwang zur Europäischen Union

Von Anfang an war die europäische Einigung auch ein Ergebnis äußeren Zwangs. Die militärische und politische Schwäche der deutschen Bourgeoisie unmittelbar nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, die Teilung Europas in einen sozialistischen und einen kapitalistischen Block und das damalige US-Interesse an einem wirtschaftlich und militärisch starken westeuropäischen Verbündeten wirkten zusammen. Erst dadurch konnten die Rivalitäten vergangener Jahrhunderte zwischen den herrschenden Klassen vornehmlich Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens so weit überwunden werden, dass es zu einem gemeinsamen, einheitlichen Wirtschaftsraum kam. Die Bourgeoisien der kleineren Mitgliedsländer hatten keine andere Wahl, als sich anzuschließen; das galt selbst für die Schweiz, die, obwohl kein formelles Mitglied der EU, sich doch in allen wesentlichen Aspekten den Rechtsvorschriften der EU anpassen musste, bis hin zur Integration in den Schengen-Raum seit Ende 2011.

Die europäische Integration fand zwischen ihren Mitgliedern zwar ohne Kriege, nicht jedoch ohne scharfe Interessenkonflikte statt. Die Öffnung des gemeinsamen Marktes hatte für die einzelnen Wirtschaftssektoren der Mitgliedsländer höchst unterschiedliche Folgen. Es ging darum, die Interessen einflussreicher nationaler Bourgeoisiefaktionen zu verteidigen, z.B. in Frankreich die der Agrarproduzenten, in Großbritannien die des Finanzsektors, in Deutschland die der Industrie. Die Gemeinschaft konnte nur entstehen, weil allen Mitgliedern Zugeständnisse gemacht werden konnten und sie ihrerseits Zugeständnisse an Andere machen konnten, denn die Vorteile der Union überwogen die Nachteile. Als wesentliches Element des Ausgleichs dienen die Subventionen aus den Brüsseler Kassen – Ausgleichszahlungen für die Landwirte, Beihilfen aus den Strukturfonds der Gemeinschaft an die Mitgliedsländer. Dieses Prinzip Eine-Hand-wäscht-die-Andere erleichterte in der Folge die Aufnahme und Eingliederung neuer Mitglieder, bis hin zur heutigen Union der 27. Für Streit sorgt allerdings immer wieder, dass die Einen mehr profitieren als die Andern. Es gab und gibt stets Konflikte, die jedoch in der Vergangenheit immer durch Kompromisse beigelegt werden konnten, ohne die Union zu spalten.

Nach den Worten des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, war der einheitliche amerikanische Markt das ursprüngliche Vorbild für die Europäische Union.¹⁾ Dieser Gedanke lag nahe, ebenso wie der Vergleich der gegenwärtigen Integrationschritte mit der Situation der damals 13 US-Bundesstaaten vor der Einführung der amerikanischen Verfassung im Jahr

1) Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), 19. 10. 2011

2) Christopher Sims, Nobel-Preisträger Wirtschaftswissenschaften, im Gespräch mit der FAZ, 27. 10. 2011

Hemmungslos . . .

»Es geht in Europa derzeit auch um einen Konflikt zwischen Mehrheitsdemokratie und Rechtsstaatlichkeit. [...] Es sind die Märkte, die heute für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit eintreten und diese mit der Zins-schraube (dem Preismechanismus) erzwingen. Dass die Märkte (viel zu spät) wach geworden sind, ist die gute Botschaft und kein Grund, Zeter und Mordio zu rufen. Sie sind das kritische Korrektiv einer hemmungslosen Mehrheitsdemokratie.«
FAZ, 12.11.2011 ■

1787, die der Zentralregierung die fiskalische Hoheit übertrug.²⁾ Heute sind die Gründe für den Zusammenhalt andere als zur Zeit der Blockkonfrontation. Man kann wohl unterstellen, dass Trichet die Haltung der maßgeblichen europäischen Bourgeoisie widerspiegelt, wenn er sagt, dass es »aus wirtschaftlicher Sicht heute gewichtigere Gründe (gibt), die Einigung voranzutreiben, als unmittelbar nach dem Krieg. Damals waren China, Indien oder Lateinamerika noch nicht von so großer Bedeutung wie heute. Wären wir Europäer in unseren jeweiligen Ländern auf uns allein gestellt, würden wir zunehmend wie Zwerge wirken.« (FAZ 19. 10. 2011, siehe FN 1) Es ist sicherlich Diplomatie, wenn Trichet hier darauf verzichtet, auch die USA zu benennen. Denn auch die US-Bourgeoisie zöge wohl Vorteile daraus, wenn sie die europäischen Staaten bei Wirtschaftsverhandlungen gegeneinander ausspielen könnte statt sich einem einzigen Verhandlungsführer gegenüber zu sehen.

Die gemeinsame Währung ist eine Konsequenz des gemeinsamen Wirtschaftsraums

Über fast jeden Aspekt der europäischen Integration gibt es unterschiedliche Auffassungen – sowohl innerhalb der herrschenden Klassen wie auch unter deren ideologischen Hilfskräften, den bürgerlichen Ökonomen. Was so leicht- hin als das bürgerliche oder kapitalistische Gesamtinter- esse bezeichnet wird, ist ja nichts von vornherein Ge- gebenes, sondern Ergebnis von zum Teil langwierigen

INHALT · Heft Nr. 4 · 20. November 2011 · Jg. 52

Zur Diskussion:

Krise treibt europäische Integration voran	1
Von der Eurokrise zur politischen Union?	5
Sozialinitiativen: Verursacher sollen selber zahlen	7
Berlin: CFM: Arbeitskampf mit politischer Bedeutung. .	11
England: Jugendkrawalle = Aufruhr der Ärmsten.	12
Italien: Krisenstimmung, hilflose Gewerkschaften. . . .	14
Stahl: ArcelorMittal legt europaweit Standorte still . . .	18
Dänemark: Parlamentswahl im Zusammenhang	20
Buchbesprechung: Neue Biografie zu Johann Knief	22

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Auseinandersetzungen, deren Ausgang häufig unsicher ist. Die Widerspiegelung dieser Kämpfe um Profit und Macht in den Parlamenten und in den Medien ist nicht selten selbst verwirrend. Da ist es schon richtig, wenn Gregor Gysi, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, am 27. Oktober im Plenum sagt, dass die Vorgänge um die Staatsschulden-Krise nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch von Vielen im Parlament nicht verstanden werden. Das betrifft in erster Linie die vielen komplizierten rechtlichen und finanztechnischen Aspekte der sogenannten Rettungsaktion.

In den grundlegenden politischen Fragen lässt sich allerdings Klarheit schaffen. Zu diesen gehört die Frage, ob es einer gemeinsamen Währung für den Euro-Raum bedarf. Es drängt sich da die Gegenfrage auf, warum ein gemeinsamer Wirtschaftsraum keine gemeinsame Währung haben sollte. Was würden die USA dadurch gewinnen, wenn jeder ihrer fünfzig Staaten eine eigene Währung hätte? Oder anders gefragt: Welche Entwicklung wäre der EU vorgezeichnet, wenn die maßgeblichen Teile der europäischen herrschenden Klassen nicht das Ziel der ökonomisch wie fiskalisch Vereinigten Staaten von Europa (in Analogie zu den USA) hätten? Ohne die Konkurrenz durch wirtschaftlich starke oder aufstrebende Mächte, wie die USA und die sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), wäre eine zentralisierte EU wenigstens für die großen Mitglieder, wie Deutschland und Frankreich, vielleicht nicht überlebenswichtig.

Aber diese Konkurrenz gibt es, und jede neue Wirtschaftskrise verschärft den Konkurrenzdruck untereinander. Also gibt es die Alternative zu einer fortschreitenden europäischen Integration für die großen europäischen Kapitalinteressen gar nicht. Mit den Worten des bereits zitierten Jean-Claude Trichet: *»Unsere Währungsunion ist das am weitesten vorangeschrittene Konzept im Prozess der Einigung... Man kann sich auch den gemeinsamen Markt der Vereinigten Staaten kaum mit verschiedenen Währungen in Florida und Kalifornien vorstellen.«*

Der Euro als gemeinsame Währung eines führenden Teils der EU wurde mit den Worten des Mitherausgebers der FAZ, Holger Steltzner, *»... als unpolitische Währung mit einem Stabilitätsversprechen eingeführt. Eine politisch unabhängige Europäische Zentralbank sollte über stabile Preise wachen. Regierungen und Organe der Europäischen*

Union verpflichteten sich, die Unabhängigkeit der EZB zu beachten und Mitglieder der Zentralbank nicht zu beeinflussen. So steht es im Maastrichter Vertrag.« (FAZ, 20. 10. 2011) Wo nun mit der kombinierten Staatsschulden- und Euro-Krise politische und nicht nur währungstechnische Antworten erforderlich sind, zeigt es sich, dass die Erwartungen an eine *»unpolitische Währung«* haltlos geworden sind. Mit der internationalen Finanzspekulation gegen einzelne Euro-Staaten testen die Märkte den Willen und die Macht der maßgeblichen europäischen Bourgeoisie, die Euro-Zone und damit die vorangeschrittene Integration zu verteidigen.

Wie jeder Krieg, so hat auch dieser Wirtschaftskrieg, der mit den Mitteln der Kredite und Kreditverweigerungen und der Währungsspekulationen geführt wird, seinen Preis. Strauchelnde Euro-Staaten müssen gestützt, Kredithilfen müssen gewährt werden, im Falle Griechenlands müssen Schulden gestrichen werden, die Gläubiger verlieren Geld. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch andere, größere Länder Hilfen brauchen. Es ist nicht einmal sicher, ob der Garantierahmen von eintausend Milliarden Euro letztlich ausreichen wird. Dies alles sind nebensächliche Gesichtspunkte vor der einen zentralen Frage: Hält die gemeinsame Front der herrschenden Klassen Europas? Wenn ja, dann sind sie durchaus in der Lage, die Angriffe von außen abzuwehren. Um die Kosten der Abwehr geht es insbesondere bei den aktuellen Verhandlungen um die Umschuldung Griechenlands, d.h. des teilweisen Forderungsverzichts der Gläubiger. Wie auch um die Frage der Kredithilfen für Mitgliedsländer, die sich an den internationalen Märkten ohne Unterstützung aus der gemeinsamen Kasse nur zu wahnwitzig überhöhten Zinsen verschulden könnten.

Allerdings muss die grundsätzliche Einigung über die Verteidigung der Euro-Zone in konkrete Handlungsschritte umgesetzt werden – und das geht sichtlich langsamer: Da geht es u.a. darum, welche Banken – private oder öffentliche – welche Verluste hinnehmen müssen, welche Banken ihr Kernkapital zur Risikoabsicherung erhöhen müssen, wie Regierungen gezwungen werden können, Staatsschulden abzubauen und zu begrenzen. Derartige Verhandlungen sind langwierig und sie finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Steuerzahler sollen die Banken retten #A 8.10.11

Krise der Geldinstitute in Europa spitzt sich zu. Merkel zu weiterer Hilfsaktion bereit

HAMBURG :: Müssen die Geldinstitute in Europa erneut aus Steuermitteln gestützt werden? Vor dem Hintergrund der sich zusehends verschärfenden Bankenkrise hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre Bereitschaft zu weiteren Rettungsaktionen bekräftigt. Bei Bedarf werde die Bundesrepublik das Eigenkapital deutscher Banken mit staatlicher Hilfe aufstocken.

„An einer besseren Kapitalausstattung der Banken führt kein Weg vorbei“
„Die Insolvenzgerüchte zu Staaten werden verstärkt geschürt statt zerstreut“, sagte Michael Bräuninger vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut. „Das verschärft die Lage der Geldhäuser.“ Deutsche Banken gelten dagegen als relativ gut aufgestellt. „Es gibt bei den deutschen Banken momentan keinen akuten Kapitalmangel“, sagt

terredung, zu der sich Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy am Sonntag in Berlin treffen. Im Vorfeld der Zusammenkunft aber ist offenbar ein Streit zwischen beiden Staaten ausgebrochen. Während die Bundesregierung zunächst die Banken und dann die Nationalstaaten in der Pflicht sieht, die Institute mit ausreichend Eigenkapital zu versehen, drängt Frankreich angeblich auf laxen Regeln seinen Banken mit Geld aus.

statt. Sie werden auch nicht von den auf Popularität und auf Wiederwahl bedachten Politikern geführt, sondern von den Fachleuten aus den Ministerien einerseits und den Banken, Großinvestoren und den mächtigen Industrieverbänden andererseits, die für die Kapitaleigner sprechen, mit denen sie sich fortlaufend abstimmen. Während die Staats- und Regierungschefs beim Brüsseler Gipfeltreffen innerhalb von etwa 24 Stunden sich einigten, werden die Folgeverhandlungen wohl erst Ende November zu Ergebnissen führen.

Europa der Völker?

Die Europäische Union war das Werk der herrschenden Klassen der europäischen Nationalstaaten und das ist bis heute so geblieben. Wie in jedem anderen Verbund auch, gibt es hier Hierarchien: Die großen Wirtschaftsmächte und die kleinen und kleinsten; alte Mitglieder, die in den bürokratischen Apparaten der Brüsseler Kommission gut vernetzt sind, und Neuankömmlinge, die erst noch lernen müssen, auf welchen Pfaden sie ihre Interessen am besten durchsetzen können. Dass die wirtschaftlichen Erwartungen der teilnehmenden Bourgeoisien erfüllt wurden, lässt sich am deutlichsten daran ablesen, dass mittlerweile zwischen 60 und 70 Prozent des Außenhandels der Staaten innerhalb der 27er Union stattfindet. Selbst die deutsche Wirtschaft, die ein großes außereuropäisches Exportvolumen hat, setzt traditionell weit über 50 Prozent ihrer Ausfuhren innerhalb der EU ab.

Die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes liegt so sehr lange noch nicht zurück. Er wurde als Ziel zwar bereits in den fünfziger Jahren im EWG-Vertrag benannt, jedoch erst Anfang 1993 mit dem Wegfall der Zollkontrollen und dem Abbau zahlreicher nichttarifärer Handelshemmnisse³⁾ zwischen den Mitgliedstaaten der EU vollendet. Nach dem gemeinsamen Markt für Waren und Dienstleistungen entstand dann auch der gemeinsame Arbeitsmarkt. Nach den Schengen-Abkommen fielen die Grenzkontrollen an den Innengrenzen der EU im März 1995 weg. An all diesen Entwicklungen waren die Lohnabhängigen faktisch

3) Tarifäre Handelshemmnisse sind Zölle und andere Grenzabgaben; unter nichttarifären Handelshemmnissen versteht man u. a. nationale Produktstandards, technische Normen u.ä., die den Warenaustausch behindern, wie z.B. unterschiedliche Steckersysteme bei Elektrogeräten, unterschiedliche Emissionsvorgaben für Maschinen etc. In der EU wurde das Äquivalenz- oder Ursprungslandprinzip eingeführt, wonach jedes Produkt, welches in einem der EU-Länder zugelassen ist, in die anderen EU-Länder ausgeführt werden darf.

EURO-Krise als Krise der bürgerlichen Parlamente

In Griechenland und Italien ist es zu sogenannten Übergangsregierungen gekommen. Zeitweise war in beiden Ländern von einem Kabinett der »Fachleute« oder »Technokraten« die Rede. Das klingt erst einmal undramatisch – aber was steckt dahinter? Weder Andreas Papandreu in Griechenland noch Silvio Berlusconi in Italien verfügten am Ende über eine Mehrheit in ihren Parlamenten, um die harten Sparmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen, die die Finanzmärkte und die Euro-Finanzminister fordern. Der Grund dafür liegt nicht darin, dass die dafür verantwortlichen Parteien und deren Abgeordnete unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen eine Alternative zu den Entlassungen aus dem Öffentlichen Dienst, den sozialen Kürzungen und der Erhöhung des Renteneintrittsalters sehen. Auch sind sie in ihrer Mehrheit nicht grundsätzlich abgeneigt, diese sogenannten Reformen zu beschließen. Aber sie möchten dafür von den Wählerinnen und Wählern nicht verantwortlich gemacht werden. Sie wollen ihre üppig vergüteten Mandate behalten und bei Neuwahlen möglichst wieder gewählt werden. Die Übergangsregierung soll das möglich machen, so ist jedenfalls die Hoffnung. Es ist – noch – nicht die Machtübergabe an die Exekutive, wie bei einer Notstandsregierung, aber es ist der letzte Schritt davor. Die Selbstentmachtung der Parlamente liegt darin, dass die beteiligten Parteien freiwillig ihre Konkurrenz für die Zeit bis zu kommenden Wahlen beschränken oder ganz einstellen, um für die Wähler in ihrem Handeln weniger unterscheidbar und somit anonymer zu sein. Der Zorn der – überwiegend lohnabhängigen Wähler – soll sich möglichst gegen die »Technokraten« an der Spitze oder »die Politiker« im allgemeinen richten, nicht gegen konkret benennbare Parteien oder Abgeordnete.

So erleben wir nun, wie die ehrenwerten Ritter des Parlaments der Krise begegnen: Sie verbergen sich im Schwarm.

12.11.2011 ■

nicht beteiligt. Die nationalen Gewerkschaftsapparate, die über Vertretungen in Brüssel verfügen, agierten mehr oder weniger als Co-Manager ihrer heimatlichen Industrie-Lobbyisten, spielten also im Wesentlichen die gleiche Rolle wie zu Hause.



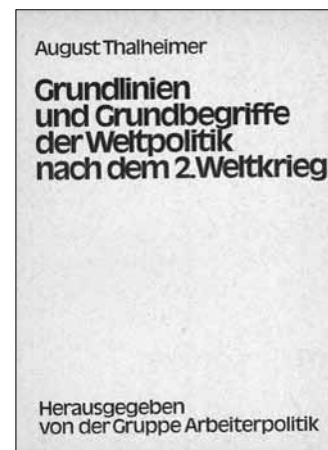
Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik
43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
1946, Gruppe Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Gleichwohl hatte und hat die europäische Integration weitreichende Folgen auch für die lohnabhängigen Klassen. Die gravierendste Folge ist sicherlich das Ausbleiben von Kriegen unter den Mitgliedsstaaten der EU und die geringe Wahrscheinlichkeit von künftigen Kriegen. Das wussten vermutlich jene Generationen am meisten zu schätzen, die zwei Weltkriege am eigenen Leib durchleben mussten. Zugleich entwickelt sich im Gemeinsamen Markt die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Sozialsysteme schneller als zwischen isolierten Nationalstaaten, weil die Konkurrenz um den Preis der Ware Arbeitskraft unmittelbarer durchschlägt. Das wird zur Zeit vor allem in den Bemühungen einzelner Regierungen sichtbar, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen und die regelmäßige Wochenarbeitszeit einheitlich auf 40 Stunden zu setzen.

Wer, wie Griechenland unmittelbar Hilfen der EU benötigt, wird massiv unter Druck gesetzt, die nationalen Gesetze entsprechend anzupassen und vor allem im öffentlichen Dienst Entlassungen vorzunehmen und zu rationalisieren. Die Schaffung des europäischen Arbeitsmarktes, die Befreiung der Ware Arbeitskraft von ihren nationalen Grenzen innerhalb der EU, war logische Folge und Abrundung des Gemeinsamen Marktes. Für junge und qualifizierte Arbeitskräfte, die, weil rar, eine gute Verhandlungsposition am Markt haben, bringen die entsprechenden Regelungen überwiegend Vorteile. Für Beschäftigte in Arbeitsbereichen mit geringer Qualifikation im Einzelhandel, im Transportgewerbe oder in Callcentern erhöht die Markttöffnung in vielen Fällen die Konkurrenzsi-



tuation untereinander und hält die Löhne niedrig. Dies führte dazu, dass soziale Bewegungen seit Jahren auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns – etwa in Höhe von zehn Euro je Stunde – drängen und bei den Gewerkschaften wie auch bei Teilen der SPD Resonanz fanden. Allerdings besteht auch bei Teilen der deutschen Bourgeoisie, etwa im Dienstleistungssektor, eine Tendenz, der Schmutzkonkurrenz durch Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen einen Riegel vorzuschieben, um die indirekte

Subventionierung des Niedriglohnsektors durch die Sozialkassen (z.B. lohnergänzende Sozialhilfeleistungen) zu beenden.

Der europäische Raum wird von den herrschenden Klassen in Konflikten und Kompromissen gestaltet. Dabei nehmen sie über die politischen Parteien notgedrungen gewisse Rücksichten auf Stimmungen und Reaktionen der nationalen Bevölkerungen; sie handeln nicht im luftleeren Raum. Aber die Dimensionen der Entscheidungen, wie zuletzt im Zusammenhang der Euro-Krise, erschließen sich nur den gesellschaftlichen Klassen, die fähig sind, ihre gemeinsamen Interessen zu formulieren und durchzusetzen.

Die herrschenden Klassen befinden sich nie im Irrtum über ihre Interessen, schrieb der marxistische Historiker Franz Mehring in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Die beherrschten Klassen müssen sich die Einsicht in ihre Interessen in langwierigen und harten Kämpfen mit ihren Herrschern erwerben. Die europäischen Arbeiterklassen sind noch nicht so weit. 12.11.2011 ■

■ DIE STAATSSCHULDENBLASE BEGINNT ZU PLATZEN

Von der Eurokrise zur politischen Union ?

Am 7. September legte der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) ein Papier *»Ein neuer Vertrag für den Euro«*¹⁾ vor, in dem eine Sicherung des Euros und der EU mit der Schaffung einer politischen Union innerhalb der EU verbunden wird. *»Die politische Union Europas ist ein Fernziel, auf das es jedoch bereits heute hinarbeiten gilt. Ein neuer Vertrag für den Euro muss dieses Fernziel ins Visier nehmen und Schritte zu seiner Verwirklichung festschreiben.«*

Das Papier geht von der Tatsache aus, dass die EU für die deutsche Industrie der wichtigste Absatzmarkt für die eigenen Exporte ist und dass sie die meisten Importe aus diesem Raum bezieht sowie die meisten Direktinvestitionen in diesem Raum tätigt. Daraus folgt: *»Europa mit seinem einheitlichen Binnenmarkt und seiner starken und stabilen Gemeinschaftswährung ist ein zentraler Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland. Die deutsche Industrie hat daher größtes Interesse am Erhalt des Euros sowie am Fortbestand und der Weiterentwicklung der Europäischen Union.«*

Für den BDI ist also klar, dass die EU mit ihrem Binnenmarkt sowie der Euro unbedingt erhalten und gestärkt

werden müssen. Aus seiner Sicht sei die Einführung des Euro zwar ein richtiger Schritt gewesen, allerdings nur ein halber, da es zwar eine gemeinsame Währung gebe, aber die beteiligten Nationalstaaten wirtschafts- und haushaltspolitisch nach wie vor selbstständig handeln könnten. Die Währungsunion sei deshalb nur ein *»Torso«* und dieser sei für die gegenwärtigen Probleme verantwortlich, da in der Vergangenheit jedes Land unkontrolliert von einer zentralen Institution Schulden habe machen können.

Deshalb sei es unbedingt notwendig, eine zentrale Institution zu schaffen. Da die politische Union vorläufig nur eine *»Vision«* sei, wird vorgeschlagen, als Zwischenschritt einen *»politisch unabhängigen Europäischen Fiskalfonds (EFF)«* zu schaffen. Dieser *»EFF bietet in Bedrängnis geratenden Mitgliedstaaten und Banken der Eurozone »Hilfe in der Not« und stellt darüber hinaus eine letzte Instanz dar bei der Durchsetzung fiskalischer Disziplin.«*

Dazu gehöre eine *»Insolvenzordnung«*, so dass Staaten, die länger auf Hilfsmaßnahmen angewiesen sind, zur geordneten Insolvenz und Umschuldung gezwungen werden können. Dieser EFF solle von einem Gouverneursrat gelenkt werden. Dieser Gouverneursrat, und das ist jetzt entscheidend, solle nicht wie bisher in der EU funktionieren, wo jedes Mitgliedsland stimmberechtigt ist und Mehrheits-

1) siehe: http://www.bdi.eu/download_content/Ein_neuer_Vertrag_fuer_den_Euro.pdf

entscheidungen nur nach komplizierten Verfahren möglich sind. Stattdessen wird vorgeschlagen: *»Stimmrechte im Gouverneursrat sowie bei der Wahl des Vorstandes orientieren sich an der finanziellen Beteiligung der Staaten. Staaten, die Hilfgelder aus dem EFF in Anspruch nehmen, verlieren für diesen Zeitraum ihre Stimm- und Nominierungsrechte.«* Vorbild ist hier der IWF, in dem die Stimmrechte nach der Kapitalkraft der Mitgliedsländer verteilt sind. (Dort verfügen z.B. die USA über knapp 17 Prozent der Stimmen, was bedeutet, dass sie nicht überstimmt werden können, weil Beschlüsse mit 85 Prozent Zustimmung beschlossen werden müssen.)

Es ist also offensichtlich, dass der BDI eine Beschränkung der einzelnen Nationalstaaten auf haushaltspolitischem Gebiet will und dass diese Beschränkung zu mehr Einfluss des ökonomisch stärksten Landes führen soll, nämlich Deutschlands. Es soll also in Richtung einer *»Wirtschaftsregierung«* zumindest der Eurozone gehen, in der Deutschland eine wichtige Rolle spielen soll.

EU unter deutschem Kommando?

Daraus könnte man lesen, dass die deutsche herrschende Klasse – der BDI repräsentiert ja einen nicht unwesentlichen Teil – drauf und dran sei, die Führungsrolle in Europa zu übernehmen und die EU unter deutsches Kommando zu bringen. Das tut zum Beispiel Tomasz Konieczny, wenn er von der *»ökonomischen Germanisierung Europas«* spricht.²⁾ Ähnlich äußert sich Andreas Wehr: *»Die Europäische Union entwickelt sich immer mehr zu einer Hegemonialordnung mit Deutschland als Anführer einer Kohorte kerneuropäischer Länder und einer Peripherie abhängiger und schwacher Staaten.«* (Junge Welt, 17.10.2011)

Doch so einfach ist das nicht immer und mit der EU schon gar nicht. Das deutsche Kapital ist zwar das stärkste in Europa geworden, aber diese Rolle verdankt es einer politischen Konstruktion, die der BDI auch genau benennt, nämlich der europäischen Einigung zur EU und zur Eurozone. Die europäische Einigung hat natürlich auch eine ökonomische Grundlage, aber vor allem ist sie ein politischer Prozess. Natürlich nicht ein solcher, von dem in Festreden gesprochen wird, wo von *»Visionen«, »Völkerfreundschaft«, »Überwindung des Hasses«, »Beendigung der Kriege«* usw. gesprochen wird. Sondern ein solcher, der aus dem Ausgang des 2. Weltkrieges herrührt. **Deshalb im Folgenden einige Thesen, in denen begründet wird, warum aus der »Germanisierung Europas« so schnell nichts wird.**

I. Einbindung Deutschlands in die EU

Nach dem 2. Weltkrieg waren nicht nur Deutschland vernichtend geschlagen und damit die Ambitionen des deutschen Kapitals auf die Beherrschung Europas zerstört, sondern auch die Sowjetunion als nichtkapitalistische Macht bis ins Herz Mitteleuropas vorgedrungen. Der *»normale«* imperialistische Gang der Dinge hätte nun im Falle Deutschlands bedeutet, dass dieses so niedergehalten wird, dass ein neuerlicher Griff nach der Macht für lange Zeit, wenn nicht für immer, ausgeschlossen wäre (vergleiche dazu den Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg).

Die USA, die die dominierende Macht des kapitalistischen Lagers geworden waren, nachdem Frankreich und Großbritannien im Gefolge des Krieges ihre Weltmachtstellung verloren hatten, sahen aber bald, dass eine Sicherung Westeuropas vor der sozialen Revolution nur durch eine wirtschaftliche Stabilisierung in ihrem Sinne möglich war. Dazu bedurfte es aus ihrer Sicht zweierlei:



erstens einer Überwindung der europäischen Kleinstaaterei und der Kriege untereinander, die sich der Imperialismus angesichts der Ausdehnung des sozialistischen Lagers nicht mehr leisten durfte; zweitens der Einbindung Westdeutschlands aufgrund seiner wirtschaftlichen Verflechtung mit dem übrigen Europa.

Das Mittel der Wahl war zunächst der Marshallplan, der Hilfgelder für Westeuropa nur unter der Bedingung vorsah, dass sich die westeuropäischen Staaten unter Einschluss Westdeutschlands über ihre Verteilung einigten.

Die Einigung musste aber begleitet werden von einer Rückversicherung; der Rückversicherung dagegen, dass ein wiedererstarktes Deutschland aufs Neue eine Gefahr werden könnte für die anderen westeuropäischen Staaten, insbesondere für Frankreich. Deshalb war die erste europäische Institution die Behörde für Kohle und Stahl (kurz *»Montanunion«*), die die Vergemeinschaftung und damit die Kontrolle der deutschen Schwerindustrie bedeutete. Als nächste Institution wurde die *»Euratom«* gegründet, die die zivilen Atomanlagen (nicht die militärischen Frankreichs!) zu kontrollieren hatte. Erst als dritte folgte dann 1957 die *»EWG«* als Zollunion.

Die Bundesrepublik war also wirtschaftlich eingebunden, zunächst in eine Sechsergemeinschaft (mit Frankreich, Benelux und Italien) mit Institutionen, in denen es immer in der Minderheit war, da von Anfang an die gleiche Gewichtung für alle Beteiligten galt.

Dieser ökonomischen Einbindung folgte die militärische in die NATO, in der die USA immer den Oberbefehl haben und in die die Bundeswehr als einzige der beteiligten Armeen von Anfang an mit allen Verbänden und Waffen (mit Ausnahme einer Bürgerkriegsreserve) integriert war und ist. Atomwaffen waren und sind immer unter nationalem Kommando, d.h. die britischen, französischen, die der USA sowieso.

Wenn man von der EU spricht, sollte man also nicht vergessen, dass es nicht nur ein ökonomisches Einigungsprojekt ist, sondern auch die politische Aufgabe hat, Deutsch-

2) www.german-foreign-policy.com, 15.02.2011

land einzubinden und zu kontrollieren. Kein europäischer Staat, schon gar nicht Frankreich, denkt auch nur im Traum daran, Deutschland wieder zu der politisch führenden Kraft in Europa werden zu lassen. Die Animositäten gegenüber einer Entwicklung, in der Deutschland zur politisch führenden Kraft in Europa wird, drückt die dänische Zeitung »Jyllands Posten« aus: »Europas langfristiges Überleben hängt davon ab, dass die Währungsunion zu einer finanzpolitischen Union ausgeweitet wird, die Schuldenkrisen wie die griechische verhindern kann. Merkel weiß das besser als die meisten. Aber sie weiß auch, dass Millionen Europäer keine Union wünschen, in der Deutschland direkt über ihren Alltag bestimmt.« (zitiert nach FAZ, 29.9.2011)

II. Die Einführung des Euro

muss auch als politisches Projekt begriffen werden. Natürlich drängten die Entwicklung auf den Finanzmärkten in den 80er Jahren und die Entwicklung des innereuropäischen Handels zu einer gemeinsamen Währung, die sich auch schon in der sogenannten »Währungsschlange« ankündigte, in der die Währungen der wichtigsten EU-Länder in einem relativ festen Wechselkursverhältnis miteinander verbunden waren. Hier dominierte die D-Mark als die Währung des ökonomisch stärksten Mitglieds und damit die Bundesbank, die mit ihrer Geldpolitik faktisch die Geldpolitik Westeuropas (mit Ausnahme von Großbritannien) bestimmte. Allerdings hätte eine gemeinsame Währung, rein ökonomisch betrachtet, nur die sogenannten »Hartwährungsländer« unter Führung der D-Mark und der Bundesbank zusammenführen dürfen, also Deutschland, Österreich, Benelux, dazu Schweden, Finnland und Frankreich.

Dazu kam es aber nicht. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 drohte Deutschland wieder zu mächtig zu werden, weshalb Frankreich für seine Zustimmung

die Abgabe der Souveränität Deutschlands über die stärkste Währung in der EU, die D-Mark, durchsetzte. Die EZB wurde zwar in Frankfurt als dem zentralen Finanzplatz Kerneuropas angesiedelt, aber die innere Struktur der EZB ist so, dass die Bundesbank dort in der Minderheit ist, auch wenn sie die Unterstützung von anderen Zentralbanken wie der niederländischen, finnischen oder österreichischen hat. (In Kommentaren wird das unter dem Begriff »Südschiene dominiert die Nordschiene« in der EZB abgehandelt. Mit der »Südschiene« sind Frankreich und die west- und süd-europäischen Länder gemeint.)

Wir sehen also auch bei der Einführung des Euro, dass eine ökonomische Vergemeinschaftung verbunden ist insbesondere mit einem Souveränitätsverzicht Deutschlands auf der (währungs)politischen Entscheidungsebene.

Georg Paul Hefty fasst das in einem Überblick in der FAZ so zusammen: »Jedes Jahrzehnt seit der Erlangung der deutschen Einheit hatte sein innen- und sein außenpolitisches Großthema. Die erste Dekade war geprägt vom Aufbau Ost im neuen großen Land und von der Vertiefung der europäischen Integration zum Ausgleich für die deutsche Übergröße.« (2.10.2011)

Eine »Vertiefung der Integration« ist nichts anderes als ein Souveränitätsverzicht oder –verlust desjenigen Landes, das mehr Entscheidungsmacht als die anderen hat: Deutschlands. Die deutsche herrschende Klasse war zu diesem Souveränitätsverzicht deshalb bereit, weil es für sie nur die europäische Perspektive gibt.

III. EU-Erweiterung politisch bestimmt

Ein Weiteres kommt hinzu. Wie oben schon erwähnt, war die europäische Einigung von Anfang an bestimmt von dem Bestreben, nach dem Krieg die westeuropäischen Länder politisch zu stabilisieren und sie gegen die soziale Revolu-

■ SOZIAL-INITIATIVEN VERLANGEN KONKRET:

Verursacher sollen selber bezahlen

Verschiedene Sozialinitiativen haben gemeinsam in einem Flugblatt »Wir sind alle Griechen« konkrete Forderungen formuliert (kostenlos bei: info@buendnis31januar.de). Würde auch nur eine einzige dieser Forderungen durch Massenproteste durchgesetzt, wäre das eine starke Mobilisierung für den sozialen Widerstand insgesamt. Hier die entscheidenden Forderungen (leicht umformuliert):

■ Die herrschende Klasse Deutschlands hat vom Euro und von den Staatsschulden am meisten profitiert. In den letzten Jahren wurden **Körperschaftsteuer** und der **Spitzensatz der Einkommenssteuer** massiv gesenkt. Sie **müssen wieder drastisch angehoben werden**, damit die Staatsschulden nicht von den abhängig Beschäftigten bezahlt werden.

■ Das gesamte Geldvermögen in Deutschland beträgt 4.900 Milliarden Euro. Auf das oberste Zehntel der Haushalte entfällt die Hälfte davon. Die Reichen müssen mit einer **Sonderabgabe** deutlich zur Senkung der Staatsschuld beitragen. Die **Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden**.

■ Die Banken drehen mit möglichst wenig Eigenkapital möglichst große Krediträder. Die Verluste laden sie auf den Staat ab. Deshalb muss das **Eigenkapital der Banken**

auf mindestens 10 Prozent der Aktiva angehoben werden.

■ Handelbare **Kreditausfallversicherungen ohne Deckung** (CDS) müssen **verboten** werden.

■ Wenn schon eine **Mehrwertsteuer**, dann auch auf **Finanzprodukte**, nicht nur auf Brot.

■ Weltweit gehen Menschen gegen Banken und Regierungen auf die Straße. Nur durch breite Massenproteste können Änderungen der Politik der Herrschenden erzwungen werden. Wenn wir nicht Opfer der anstehenden Kürzungen zur Bedienung der Staatsgläubiger sein wollen, brauchen wir z.B. **einen gesetzlichen Mindestlohn** von mindestens 10 Euro pro Stunde lohnsteuerfrei, die **Erhöhung des Hartz-IV-Eckregelsatzes** auf mindestens 500 Euro, eine **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden** bei vollem Lohnausgleich, **Mindestrente** und **Altersrente schon mit 60**.

Lohnsenkungen, Anhebungen des Renteneintrittsalters, Arbeitszeitverlängerungen usw. sind »Rettungsschirme« alleine für das Kapital.

Wir müssen uns schon selber retten!

tion immun zu machen. Dass das nichts mit »Freiheit und Demokratie« einer westlichen »Wertegemeinschaft« zu tun hat, konnte man schon an der NATO-Mitgliedschaft Portugals, Griechenlands und der Türkei sehen, die von faschistischen bzw. Militärdiktaturen regiert wurden. Die Aufnahme Portugals, Spaniens, Griechenlands in die EU kann nur politisch, nicht ökonomisch erklärt werden, denn nach Beendigung der dortigen Diktaturen musste ihnen eine kapitalistische Perspektive eröffnet werden, wollte man nicht antiwestlichen Kräften Auftrieb geben.

Noch viel mehr gilt das für die ehemaligen Ostblockländer nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers. Die Aufnahme dieser »Armenhäuser« in die EU (und teilweise in die Eurozone) war alleine der Motivation geschuldet, sie aus dem Einflussbereich Russlands zu holen und sie an den Westen zu binden. Das war politisch ein »Muss«.

IV. Rauswurf Griechenlands?

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass ein »Rauswurf« z.B. Griechenlands aus der Eurozone oder gar aus der EU zwar vielleicht »wirtschaftlich« (so denkt ja der BDI) begründbar wäre, aber keinesfalls politisch durchsetzbar. Griechenland würde ökonomisch geradezu implodieren, die Bevölkerung verelenden, was nicht nur Flüchtlingsströme auslösen, sondern die ganze Balkanregion destabilisieren würde. Die FAZ (13.9.2011) fasst Bankanalysen zu Griechenland so zusammen: *»Ein Austritt Griechenlands gilt als wenig wahrscheinlich und katastrophal. Die Banken müssten geschlossen und Notgeld ausgegeben werden. Es bestünde die Gefahr, dass die Demokratie als Folge von Unruhen weggefeht würde.«* (Damit ist nicht die Gefahr eines Militärputsches gemeint, sondern das Ende der »freien Marktwirtschaft«.)

V. Die Demokratie »marktkonform« machen

Dem BDI geht es übrigens nicht etwa um die Weiterentwicklung oder Vertiefung der »Demokratie«, wenn er von er fordert, der Europäische Fiskalfond EFF (s.S. 5) spricht. Die zentrale Institution, die er fordert (siehe oben), soll von »unabhängigen Experten« (darunter muss man wohl »Finanzexperten«, also Banker, verstehen) besetzt werden, die von den nationalen Regierungen entsandt werden und dann, völlig getrennt von den nationalen Parlamenten bzw. dem Europaparlament (vergleichbar dem IWF), entscheiden. Schon jetzt sind im Zuge der Verschuldungskrise wesentliche Institutionen der Kontrolle der nationalen Parlamente entzogen. So verfügt z.B. die »Europäische Finanzstabilisierungsfazilität« (EFSF) über Gelder, die ihr die Eurostaaten (per Haftung) zur Verfügung gestellt haben. Diese EFSF wird von einem Direktorium geleitet, in dem – anders als im BDI-Vorschlag – jedes Land einen Sitz und eine Stimme hat. Geschäftsführer ist der Deutsche Klaus Regling, der nicht dem Bundestag, sondern dem Direktorium verpflichtet ist. Die EFSF kann, falls ein Staat Hilfe braucht (bis jetzt haben Griechenland, Irland und Portugal Gelder erhalten), bis zu 440 Milliarden Euro Kredite aufnehmen, für die die Mitgliedsstaaten nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel haften. Am 29.9.2011 wurde eine Erhöhung auf 780 Milliarden in den einzelnen Ländern parlamentarisch beschlossen. Praktisch ist sie eine unkontrollierte öffentliche Bank. »Dadurch würde der deutsche Anteil an Kreditbürgschaften von 123 Milliarden Euro auf 211 Milliarden erhöht – plus einem Puffer von 20 Prozent« (FAZ, 23.9.2011). Die FAZ erwähnt dabei noch nicht einmal die Zinsen, die für die Kredite fällig würden. Bei der Abstimmung im Bundestag war bereits klar, dass es nicht bei den 780 Milliarden Euro bleiben wird. So gab es Ende Oktober wieder einen Gipfel, in dem die »Hebelung« dieser EFSF-Gelder beschlossen wurde, damit noch mehr Staatsanleihen von



hochverschuldeten Ländern aufgekauft werden können. Eine solche »Hebelung« bedeutet aber, dass sich das Risiko für die nationalen Haushalte, z.B. für den deutschen Haushalt, enorm erhöht. Es steigt damit nämlich das Risiko, dass der gesamte deutsche Anteil von 211 Milliarden Euro fällig wird. Damit wäre der vom Bundestag verabschiedete Haushalt auf einen Schlag Makulatur und das schöne Haushaltsrecht, der Stolz aller bürgerlichen Parlamente, hätte sich im Nichts aufgelöst. Wie beschrieb Merkel diese Entmachtung so schön: *»Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.«* [DLF(Podcast)] »Marktkonformität« kann aber nichts Anderes bedeuten, als dass das Parlament finanzielle Ermächtigungsgesetze verabschiedet, auf deren Grundlage dann andere Institutionen freie Hand zum Geld Ausgeben haben. Das ist das Wesen aller bisherigen »Rettungsschirme« seit 2008. Damit das parlamentarische Verfahren formal eingehalten wird, wurde ein »Unterausschuss des Haushaltsausschusses«, bestehend aus neun Abgeordneten, eingerichtet, der den Entscheidungen der EFSF zustimmen soll. Dieses demokratische Feigenblatt wurde vom Bundesverfassungsgericht Ende Oktober vorläufig einkassiert. Welchen Ausweg das Gericht der Regierung offen lassen wird, muss man sehen.

Im Übrigen wird immer deutlicher, dass die Krise und der Versuch ihrer Beherrschung mit der bürgerlichen Demokratie in Konflikt kommen. Zum einen stören die Parlamente, deren »heiliges Recht«, den Haushalt zu beschließen, immer mehr zum Störfaktor wird und nach Möglichkeit ausgeschaltet werden muss, entweder durch direktes Diktat wie in Griechenland oder Portugal, durch wiederholte Abstimmungen, bis das Ergebnis stimmt, wie in der Slowakei oder durch die Einrichtung von Ausschüssen wie in Deutschland. Wenn das alles nicht mehr funktioniert wie in Griechenland, das mit einer Volksabstimmung »drohte«, wird schon mal ein Militärputsch empfohlen.

Im US-Finanzmagazin »Forbes« stand jetzt folgender Satz: *»Anstatt zu versuchen, die griechischen Schulden zu finanzieren, wäre es viel klüger für Deutschland, einen Militärputsch zu bezahlen und das Problem auf diese Weise zu lösen.«³⁾* Zwar wird das Ganze noch als Witz bezeichnet, aber der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher kommentiert treffend: *»Man muss nicht alle Beziehungen des Witzes zum Unterbewussten kennen, um zu verstehen, wie massiv gera-*

3) siehe: <http://www.simablog.eu/2011/11/01/forbes-deutschland-sollte-einen-milit%C3%A4rputsch-in-griechenland-bezahlen/>

de moralische Übereinkünfte der Nachkriegszeit im Namen einer höheren, einer finanzökonomischen Vernunft zerstört werden. Solche Prozesse laufen schleichend ab, sie tun ihr Werk im Halbbewussten, manchmal über Jahrzehnte, bis aus ihnen eine neue Ideologie entstanden ist. So war es immer in den Inkubationsphasen der großen autoritären Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts.« (3.11.2011)

VI. Die jetzige Staatsschuldenkrise ist die Fortsetzung der Krise ab 2008

und die logische Folge der staatlichen Maßnahmen zu ihrer Behebung. Wir haben (in 1/2011) beschrieben, wie die »Regierungen als Retter in allerhöchster Not« den Banken und der Industrie mit »gewaltigen, schuldenfinanzierten Programmen ... zu Hilfe kamen.« Damit wurde das Problem, das jeder kapitalistischen Krise zugrunde liegt, nämlich die Überakkumulation von (Industrie- und Finanz-)Kapital, nicht gelöst, sondern verschoben. Aus kapitalistischer Sicht führt an der Vernichtung von überschüssigem Kapital kein Weg vorbei. Das betrifft erstens das weltweit aufgehäufte Finanzkapital von etwa 600 Billionen Dollar, dem ein Weltbruttosozialprodukt von etwa 50 Billionen Dollar gegenüber steht. Nimmt man eine durchschnittliche Verzinsung von vier Prozent an, so hat also dieses angehäuften Vermögen Anspruch auf knapp die Hälfte des Weltsozialprodukts! Zum einen wirkt dieser Anspruch zunehmend wie eine Presse, in der die arbeitende Bevölkerung wie Obst ausgequetscht wird. Zum anderen ist offensichtlich, dass dieser Anspruch gar nicht befriedigt werden kann.

Das betrifft zweitens aber auch das in Industrieanlagen angelegte Kapital, das von gewaltigen weltweiten Überkapazitäten gekennzeichnet ist. Insofern ist es reines Wunschdenken, wenn in dem BDI-Papier behauptet wird: »Die globale Realwirtschaft ist intakt. Die Weltwirtschaft steckt nach wie vor voller Chancen und Perspektiven.« Und die einzige Gefahr bestehe darin, dass die Krise an den Finanzmärkten auf die angeblich »intakte Realwirtschaft« übergreife. Hier wird »vergessen«, dass das überakkumulierte Finanzkapital aus Profiten besteht, die aus der »Realwirtschaft« stammen und dort nicht mehr profitabel angelegt werden können. Dann wird auch nicht gesagt, dass ein großer Teil des Absatzes in die Euroländer kreditfinanziert ist, d.h. der Kauf von deutschen Produkten wird von den Finanzmärkten vorfinanziert. Darüber hinaus tut das BDI-Papier so, als sei die aktuelle Staatsschuldenkrise nicht gerade dadurch entstanden, dass der jetzt gerade ach so intakten »Realwirtschaft« vor ein paar Jahren mit gigantischen staatlichen Nachfrageprogrammen aus der Patsche geholfen wurde. In dieser Patsche steckt sie prinzipiell immer noch.

VII. Staatsschulden sind Teil des Systems

Wenn jetzt allenthalben wie auch im BDI-Papier die Staatsschulden zum wesentlichen Problem erklärt werden, so ist auch das bestenfalls oberflächlich. Staatsschulden entspringen zum einen dem Bedürfnis des Staates, Mängel der kapitalistischen Gesellschaft auszugleichen. Auf der anderen Seite sind sie ja eine sehr komfortable und in der Regel risikolose Profitquelle. Statt in Industrieunternehmen zu investieren, kauft man sich Staatstitel, die fest verzinst und rückzahlbar sind. Für die Banken z.B. sind Staatstitel eine wesentliche Quelle ihrer Kapitalisierung, d.h. die Grundlage für andere Geschäfte. Aber mittlerweile gehören vor allem Pensionsfonds und Versicherungen zu denen, die in großem Umfang Staaten finanzieren. Ein sehr großer Teil der Renten für amerikanische Rentner z.B. wird aus den Einnahmen aus Staatspapieren finanziert, da die dortigen Rentenversicherungen kapitalisiert, d.h. von den Mitgliedsbeiträgen abgekoppelt sind.

Deshalb gehören Staatsschulden so wesentlich zum kapitalistischen System, dass sie gar nicht abgeschafft werden können. Es denkt auch niemand daran. Das »Problem« besteht allerdings da, wo diese Staatsschulden nicht mehr »bedient« (Zinsen und Rückzahlung) werden können, weil dann das Finanzsystem insgesamt in Gefahr geriete. Deshalb geht es nur darum, die Bedienung dieser Schulden zu sichern, und das geht nur über Erhöhung der Steuern bzw. über Reduzierung von staatlichen Ausgaben.

VIII »Schuldenbremse«

Hier kommt nun die »Schuldenbremse« ins Spiel. Sie hat nicht die Funktion, die Staatsverschuldung abzubauen, sondern lediglich deren Bedienung zu gewährleisten, indem andere Ausgaben für z.B. Soziales, Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen eingeschränkt oder Steuern erhöht werden. D.h. die Krisenlasten werden auf die breite Bevölkerung abgewälzt. (Nicht etwa auf die Vermögensbesitzer. Das Fluchtkapital der griechischen Vermögensbesitzer z.B., das auf Schweizer Banken deponiert ist, beläuft sich auf 500 Mrd. Dollar. Damit könnte man die griechischen Staatsschulden zweimal bezahlen.)

IX. Das Dilemma aller Lösungsvorschläge

Wenn jetzt auch die Rettungsschirme und Krisenlösungen einander jagen, an dem grundsätzlichen Problem ändern sie nichts, dass Kapital vernichtet werden muss. Alle Krisenmaßnahmen haben eines gemeinsam: Sie lösen ein Problem und schaffen oder verstärken andere Probleme. Wenn man z.B. Griechenland weiter finanziert (d.h. die Gläubiger weiter finanziert, die Griechen selber bekommen davon ja nichts) und es gleichzeitig zu drastischen Haushaltskürzungen zwingt, dann steigt einerseits die Verschuldung der anderen Länder und andererseits schrumpft die griechische Wirtschaftsleistung, so dass der griechische Staat noch weniger Steuereinnahmen erhält.

Wenn man andererseits Griechenland in die »geordnete« oder auch »ungeordnete« Insolvenz entließe, dann würde das – abgesehen von den oben erwähnten politischen Folgen – eine sofortige Flucht der Anleger aus portugiesischen, irischen und, etwas weniger drastisch, spanischen und italienischen Anleihen nach sich ziehen mit den entsprechenden Folgen für die übrigen Euroländer. Dasselbe gilt auch für andere Lösungsvorschläge, deshalb die heillose Verwirrung der Politiker und ihrer Ratgeber: Was man auch macht, man kommt aus der Patsche nicht heraus.

»Die Krise hat eine weitere Stufe erreicht (...) Die durch die große Krise entstandene Entwertungskrise des Kapitals, die der Staat durch seinen öffentlichen Kredit übernommen hatte, überforderte die Finanzierungsmöglichkeiten einiger Nationalstaaten. (...) Als letzter Stabilitätsanker dienen jetzt die relativ stabilsten Länder, deren Schuldensituation aber auch nicht besonders komfortabel ist. Der Anker ist bereits brüchig.«⁴⁾

Der Ende Oktober als »Lösung« gefeierte Beschluss des Brüsseler Gipfels, die ESFS-Gelder durch eine Hebelung auszuweiten, um so die Finanzkrise mit der erhöhten Feuerkraft einer »Panzerfaust« bekämpfen zu können, ist nichts als ein weiterer Versuch, die ungelösten Probleme der Staatsschuldenkrise vor sich her zu schieben. Dabei wird das Risiko der beteiligten Länder erhöht, indem man eine jener Hebelkonstruktionen anwendet, die Auslöser der Finanzmarktkrise ab 2008 wurden. Das zeigt, wie verzweifelt die Lage sein muss.

Alle Rettungsmaßnahmen haben darüber hinaus bisher eine Gemeinsamkeit: die Vermögen der Reichen wer-

4) Guenther Sandleben, Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit. Proletarische Texte, Norderstedt 2011. S.98

den nicht angetastet. Gefordert werden Rentenkürzungen, Entlassungen, Privatisierungen usw.; von Vermögenssteuerrhöhungen, Gewinnabschöpfungen oder ähnlichem ist nicht die Rede. Sparmaßnahmen weisen immer auch Klassencharakter auf.

X. Der Kampf um die Verluste

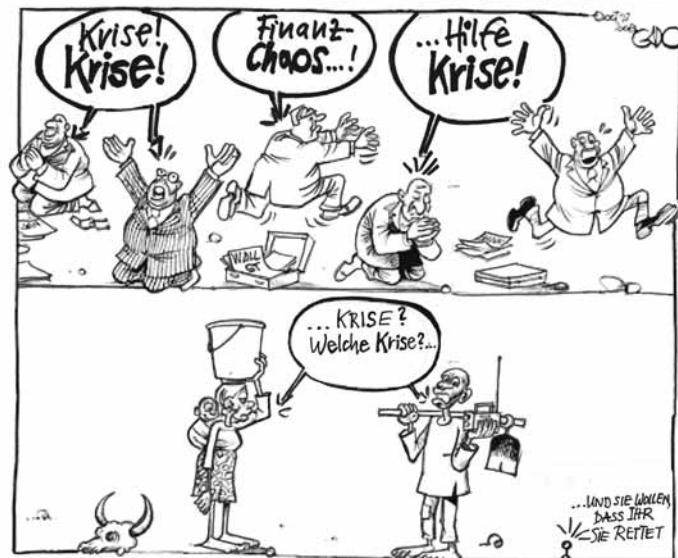
Was im Moment vor sich geht, ist einerseits der Versuch, die Staatsschuldenblase nicht platzen zu lassen bzw. den Kollaps hinauszuschieben. Andererseits geht es darum, dass sowohl Banken wie Regierungen und andere Akteure, die etwas zu verlieren haben, darum ringen, wer weniger von der letztlich unvermeidbaren Kapitalvernichtung betroffen sein wird. Dieser Kampf spielt sich hauptsächlich hinter den Kulissen ab und ist kaum einsehbar. Wann es zu einem Schock wie der Lehman-Pleite 2008 kommen wird, kann man natürlich nicht voraussagen; nur dass es dazu kommen wird, wobei es dieses Mal durchaus ein Staatsbankrott sein kann, ist allerdings recht wahrscheinlich.

XI. Deutschland bleibt eingebunden

Dass es vor diesem Hintergrund zu einer deutschen Vorherrschaft in Europa kommt, ist auszuschließen. Diese wird zwar gelegentlich propagiert, aber von Außenseitern. So befindet sich der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel zur Zeit auf einer Lesereise, auf der er »für einen Nordeuro unter Ausschluss Frankreichs (plädiert). Mit den Niederlanden, Österreich und Finnland will er eine Währungsunion in der Tradition der deutschen Bundesbank.« (FAZ, 28.10.2011) Damit propagiert er einen deutschen Sonderweg, dem aber die deutsche herrschende Klasse abgeschworen hat. »Bislang war es deutsche Staatsräson, über die Partnerschaft mit Frankreich das bis 1945 ungelöste Problem der deutschen Rolle in Europa aufzulösen; also einen Weg zu finden, auf dem Deutschland sich nicht mehr zwischen Bedeutungslosigkeit wie nach 1648 und dem Hegemoniestreben wie nach der Reichsgründung 1871 entscheiden muss.« (ebenda)

Diese Staatsräson drückte Merkel mit dem Satz aus: »Scheitert der Euro, scheitert Europa«. Das kapitalistische Deutschland braucht Frankreich politisch auf Gedeih und Verderb. Umgekehrt kann auch Frankreich nicht ohne das ökonomisch stärkere Deutschland. Letztendlich ist Deutschland aber auf die Zustimmung der anderen Länder angewiesen. Das zeigen schon die bisherigen Schrittfolgen hin zu den Rettungsschirmen für die angeschlagenen Euroländer. Vertrat die deutsche Regierung anfänglich die Position, eine »Mithaftung« für die Schulden aller Länder komme nicht in Frage, so ist davon nicht mehr die Rede. EU-Verträge, die eine sogenannte »Transfer-Union« eigentlich ausschließen, sind nur noch Makulatur. Die Krise hat ihre eigenen Gesetze, die das Handeln der Regierungen diktieren. Aber anders als die US-Regierung kann die Bundesregierung nicht allein entscheiden, sondern sie kann das nur im Konsens mit den anderen Euroländern lösen, deren Mehrheit eben »Defizitsünder« sind. Und da die deutsche Wirtschaft die EU mindestens so dringend für ihren Absatz braucht wie die anderen sie zur Begleichung ihres Defizites brauchen, ist sie zur Kooperation verdammt. Und wenn die Regierungen sich nicht einigen können aufgrund ihrer nationalstaatlichen Interessen, dann greift die EZB ein, die eine Art Finanzregierung geworden ist.

Bundespräsident Wulff forderte am 24. August 2011 vor Wirtschaftswissenschaftlern ähnlich wie der BDI eine zentrale europäische Wirtschaftsregierung, die die »Defi-



zitsünder« auch bestrafen könne, weil nur so Deutschland weiter für Kredite an solche Länder bürgen könne. Dabei griff er auch die EZB an: »Ich halte den massiven Aufkauf von Anleihen einzelner Staaten durch die Europäische Zentralbank für rechtlich bedenklich. Artikel 123 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union verbietet der EZB den unmittelbaren Erwerb von Schuldtiteln, um die Unabhängigkeit der Notenbank zu sichern.«⁽⁵⁾

EZB-Präsident Trichet konterte ihn wenig später. Er »wies darauf hin, dass die EZB nur eingeschritten sei, weil sich die Regierungen nicht angemessen verhalten haben, trotz allem, was wir ihnen zuvor gesagt haben«. Trichet erinnerte daran, wer für den ersten Sündenfall gegen den Stabilitätspakt verantwortlich war, nämlich Deutschland und Frankreich im Jahr 2004, als sie ein Defizitverfahren gegen ihre unverantwortliche Haushaltspolitik politisch abschmetterten. Die EZB mache nur ihre Arbeit.«⁽⁶⁾

Trichet musste Wulff daran erinnern, dass nicht mehr die Bundesbank die europäische Geldpolitik bestimmt, sondern die EZB, in der die Bundesbank in der Minderheit ist. Das ist eben die europäische Einbindung Deutschlands, mit der es wieder stark geworden ist, die aber auch seine Grenzen definiert.

Gleichzeitig zeigt dieser Vorgang deutlich, dass die Vorstellungen des BDI von einer europäischen Wirtschaftsregierung an der Tatsache scheitern werden, dass die unterschiedlichen nationalen Interessen in der EU letztlich nicht zu überwinden sind. Solange die EU eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte war, ließen sich die Gegensätze immer wieder durch »Paketlösungen« überdecken, mit denen den unterschiedlichen Interessen Rechnung getragen wurde. Jetzt in der Krise zeigt sich, dass »die nationalen Kapitalinteressen innerhalb des gemeinsamen Währungsraums hervortreten«. Jedes Land will die Folgen der Krise möglichst auf den Nachbarn abwälzen, keineswegs aber deren Lasten übernehmen.« Das zeigt, »wie wenig Chancen ein vereintes Europa auf kapitalistischer Grundlage hat.«⁽⁷⁾

Wenn jetzt in Griechenland der Widerstand gegen die Sparpakete zur Rettung der Gläubiger zunimmt, die die Staatsschulden finanziert haben, dann halten wir ihn für richtig. Man darf auf den Widerstand nicht aus Furcht vor Staatsbankrott und Auseinanderbrechen der EURO-Zone verzichten, die möglicherweise sowieso nicht zu verhindern sind. Der gemeinsame Widerstand gegen den vom Kapital verordneten Sozialabbau kann den Keim einer anderen europäischen Vereinigung in sich tragen als der unter kapitalistischen Vorzeichen. Nur dadurch kann auch dem stärker werdenden Rassismus und dem Schüren nationaler Vorurteile (»faule Griechen«, »korrupte Italiener« usw.) eine solidarische Perspektive entgegengesetzt werden.

M.K., 12.11.2011 ■

5) www.zukunftskinder.org/?p=9336

6) <http://diepresse.com/home/politik/eu/692127/print.do>

7) Guenther Sandleben, Das Krisenkarussell. Junge Welt, 14.10.2011



■ SEIT ÜBER 2 MONATEN STREIKEN KRANKENHAUS-MITARBEITER

Ein Arbeitskampf mit politischer Bedeutung

Seit dem 12. September befinden sich die bei ver.di und der gkl¹⁾ organisierten Mitarbeiter der Charité Facility Management (CFM) im Ausstand. Der Arbeitskampf an der Charité, dem größten Universitätsklinikum Europas, wird mit harten Bandagen ausgefochten. Um dem Arbeitskampf die Wirkung zu nehmen, hat die CFM Leiharbeiter eingestellt – oft zwei oder drei für eine/n Streikende/n. Ein privater Sicherheitsdienst wurde engagiert, um die Kolleginnen und Kollegen einzuschüchtern. Wie sich herausstellte, sind auch Mitglieder der »Hells Angels« bei der Sicherheitsfirma angestellt und wurden gegen die Streikenden eingesetzt.

Die CFM ist 2006 gegründet worden mit dem Ziel, die Kosten an der Charité zu senken. Die nichtmedizinischen Bereiche, wie Verpflegung, Transport, Reinigung, Sterilisation etc., wurden in die neue Gesellschaft ausgegliedert. Die Einsparungen haben sich bezahlt gemacht – 168 Millionen Euro seit der Ausgliederung. Die Löhne liegen weit unter dem Charité-Niveau und oft auch unter den vom Senat beschlossenen Vergabe-Richtlinien von 7,50 Euro die Stunde. Seit fünf Jahren weigert sich die CFM, mit den Gewerkschaften einen Tarifvertrag abzuschließen. Eine Lohnerhöhung von 168 Euro im Monat für alle Berufsgruppen fordern die streikenden Kolleginnen und Kollegen und die beteiligten Gewerkschaften. Fernziel bleibt die Wiedereingliederung der CFM-MitarbeiterInnen in die Charité.

Dem Arbeitskampf kommt eine Bedeutung zu, die weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinausgeht. Durch die Privatisierungen im Gesundheitswesen wurde die Branche internationalen Finanzinvestoren mit den entsprechenden Renditeerwartungen geöffnet. Sie sollen zugleich, im Interesse von Bund, Ländern, Kommunen und der Krankenkassen, die Kosten der medizinischen und pflegerischen Leistungen absenken. Das ist nur möglich über ein Lohndumping, wie es nicht nur bei der CFM zur Regel geworden ist. Die Gewerkschaften sollen außen vor bleiben oder dem Abschluss von Niedriglohnstarifen zustimmen. »Der Streik bei CFM hat Bedeutung über die Charité hinaus. Ein Erfolg würde viele KollegInnen aus andern

Betrieben und Branchen, die unter prekären Verhältnissen und ohne Tarifvertrag arbeiten müssen, Mut machen, auch selbst für ihre Rechte aktiv zu werden. Das wollen die Unternehmer und ihre politischen Fürsprecher verhindern.« (aus einer Resolution der offenen Streikversammlung Charité Facility Management GmbH vom 7.11.2011)

Die CFM gehört zu 51 Prozent der Charité, die sich im Besitz des Landes befindet. Die anderen 49 Prozent teilen sich drei milliardenschwere Finanzinvestoren: **Dussmann, VAMED und Hellman**. Die 300 streikenden Kolleginnen und Kollegen sehen sich einer bisher geschlossenen Front dieser drei privaten Investoren in **Gemeinschaft mit dem Berliner Senat** gegenüber, die allein ökonomisch nicht aufgebrochen werden kann. Der Firma CFM gelingt es bisher, den Streik zu unterlaufen. Die finanziellen Folgekosten ist sie bereit zu tragen – aus prinzipiellen politischen Erwägungen.

Da das traditionelle gewerkschaftliche Kampfmittel »Verweigerung der Arbeitskraft« allein die Gegenseite nicht beeindrucken konnte, waren die 300 streikenden Kolleginnen und Kollegen gezwungen, durch zahlreiche öffentliche Aktionen auch politisch auf sich aufmerksam zu machen. Wer sich über die bisherigen Aktivitäten informieren will, kann dies tun unter

<http://cfmsolikomitee.wordpress.com>.

Nach über zwei Monaten tritt der Arbeitskampf jetzt in eine entscheidende Phase. Es kommt darauf an, ob es gelingt, die praktische Unterstützung und Solidarität auszuweiten und darüber auch den politischen Druck zu erhöhen. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, in dieser Richtung praktisch aktiv zu werden und die Streikenden auch finanziell zu unterstützen:

Konto:

Förderverein Solidarität in Arbeit & Gesellschaft (SOAG),

Konto-Nr. 166249, BLZ 410 500 95, Sparkasse Hamm

Wir werden in der nächsten Ausgabe der »Arbeiterpolitik« weiter über den Streik berichten und zu den damit verbundenen gewerkschaftspolitischen Fragen Stellung nehmen. ■

1) Gewerkschaft Kommunalen Landesdienst Berlin, die gkl ist Mitglied im dbb (Beamtenbund und Tarifunion)



■ JUGENDKRAWALLE IN ENGLAND:

Aufruhr der Ärmsten

Nach den massenhaften Protesten der jugendlichen Intelligenz¹⁾ für eine bessere Ausbildungs- und Lebensperspektive am Ende letzten Jahres, die breite Unterstützung gefunden hatten, hat nun auch die Jugend der untersten sozialen Schicht der Bevölkerung in England die Öffentlichkeit in Erregung versetzt.

Im August 2011 randalierten Jugendliche mehrere Tage in 24 Städten Englands. Es hatte sich so viel Unmut bei ihnen angesammelt, dass die Erschießung eines schwarzen Familienvaters durch die Polizei zur Initialzündung für die Ausschreitungen in Tottenham wurde, einem Londoner Stadtteil, dessen Bevölkerung sich aus vielen Nationalitäten zusammensetzt. Türken und Kurden verrammelten ihre kleinen Geschäfte in Tottenham gegen die karibischen Randalierer. Die Plünderer nahmen, was sie kriegen konnten, auch Flaschen mit Wasser und Toilettenrollen. Wurden z.B. in London auch große Banken, in Manchester große Kaufhäuser zerstört, so sahen sich in vielen Städten die Besitzer kleiner Krämerläden und Cafes um ihre Existenzgrundlage und um ihre Wohnungen gebracht. In Interviews mit Journalisten sprachen Randalierer von korrupten Bankern, Politikern und Medien. Mit ihrem zerstörerischen Aufbegehren haben sich diese Jugendlichen auch unter denen, die mit anderen Mitteln gegen die Streichungspolitik der Regierung protestieren, keine Sympathien verschafft. Arbeiter des öffentlichen Dienstes müssen schließlich die Trümmer wegräumen.

Es gehört zu den Aufgaben des Premierministers, die Ursachen der Gewaltausbrüche zu verschleiern, von ihnen abzulenken und die Randalierer zu kriminalisieren. So macht er den »Sozialstaat« der Labourparty verantwortlich für Faulheit und Disziplinlosigkeit, sieht die Schulen und Familien, die von seiner Kürzungspolitik stark betroffen sind, in der Pflicht.

Bürgerliche Ursachensuche

Dass bürgerliche Organe und Institutionen wie schließlich auch Unicef die Ursache der ausgeuferten Krawalle in überforderten Eltern sehen, die Gefangene eines sinnlosen Konsumismus seien und den Kindern kein erfülltes Familienleben geben könnten, verwundet nicht.

Aufgehört haben Journalisten mehrerer deutscher Zeitungen, als Charles Moore (Daily Telegraph), bekannt als größter Fan von Margaret Thatcher, die Ursachen für die gegenwärtigen Volksproteste im Kapitalismus selbst suchte und forderte, endlich Marx zu lesen, nur so sei Rettung möglich.²⁾

Für die Stuttgarter Zeitung reicht das Nachlesen bei Marx nicht aus. Sie schrieb in ihrem Kulturteil am 23.08.11 (zusammengefasst): Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die demokratische Teilhabe. Angesichts der Tatsache, dass die Früchte menschlicher Arbeit bei denen landen, die an der Spekulation und ihren Folgen verdienen, sehen sie die Versprechen unserer Gesellschaft wie »Chancengleichheit« und »das Recht auf Streben nach Glück« als Hohn an. Während Jugendzentren geschlossen werden, Kranken- und Alterspflege immer mehr in die Kritik geraten, schaffen die Herrschenden ihr Privatvermögen in Steuerparadiese. Ein Teil der Jugend erkennt, dass die Zukunftsaussichten der jungen Generation in die Konkursmasse des Kapitalismus geraten.

Die Kritik ist nicht neu. Neu ist die Ecke, aus der sie kommt: Moore (Daily Telegraph) und auch Schirrmacher (Mitherausgeber der FAZ)³⁾.

Was steckt hinter der außergewöhnlichen Krawallwelle?

Die Entwicklung des Kapitalismus, der den Wert menschlicher Aktivitäten an ihrer Tauglichkeit für die Profitproduktion misst, hat zu einem Verfall sozialer Bindungen geführt. Der Anstieg des Lebensstandards nach dem Zweiten Weltkrieg hatte einer wachsenden Zahl von Facharbeitern individuelle Aufstiege und Problemlösungen ermöglicht. In den 50er Jahren liegen die Anfänge der Aussiedlung aus den alten Arbeiterwohnbezirken in die Gartenstädte der Umgebung der großen Städte. Das Bildungswesen wurde ausgebaut; viele neue Universitäten und andere Hochschulen entstanden, an denen dann zunehmend auch Facharbeiterkinder studierten. Das sind die neuen Mittelstandsgruppierungen, die heute für ihre Ausbildung zahlen müssen und nicht können.

1) Siehe Arpo Nr. 1/2011 S. 6/7

2) Charles Moore Kolumne im Daily Telegraph: »I'm starting to think that the Left might actually be right«.

3) Frank Schirrmacher über »Bürgerliche Werte«: »Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik.« (FAZ vom 16.8.2011)

4) ♦ 1979 gab es ca. 7 Mio. Arbeitsplätze in der Industrie von GB – 2010 waren es gerade knapp über 2,5 Mio.

♦ Beispiel London: In den 70ern ca. 1,25 Mio. gewerbliche Arbeitsplätze, heute gerade über 200.000.

♦ Gewerkschaftsmitglieder: 1979 etwa 13 Mio; 2010 knapp über 7 Mio.

♦ Im Öffentlichen Dienst sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, im privaten Sektor gerade einmal ca. 15 Prozent.

Alte Institutionen, von der organisierten Arbeiterbewegung bis hin zur organisierten Religion, die in ihren verschiedenen Formen die Gesellschaft prägten und den Menschen Zusammenhalt gaben, wurden nach und nach brüchig und nehmen heute ihre bisherige Funktion nicht mehr wahr – ohne dass für sie ein Ersatz da wäre. Viele Menschen fühlen sich heute isoliert. Egoismus dominiert vielerorts.

Um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, wurde ab 1979 unter der Regierung Thatcher britisches Kapital ins Ausland exportiert und das Finanzzentrum London ausgebaut. Im Inland wurden dem reichlich vorhandenen Geldkapital durch die Privatisierung staatlicher Einrichtungen und Betriebe Anlagemöglichkeiten verschafft. Ganze Industriezweige wurden dagegen im Mutterland der Industrie zerschlagen, weil sie nicht mehr profitabel genug waren. Die Schwerindustrie war veraltet, die Automobilindustrie nicht konkurrenzfähig. Kohle wurde immer weniger gebraucht. Die Zahl der Industriearbeitsplätze wurde auf fast ein Drittel reduziert.⁴⁾ In London war diese Entwicklung besonders gravierend.

Da sich die Abwehrkämpfe auf die Verteidigung der Arbeitsplätze beschränkten, war mit ihnen keine politische Perspektive verbunden. Der gewerkschaftliche Zusammenhalt der Beschäftigten und ihre sozialen Bindungen am Wohnort lösten sich mehr oder minder auf. Umschulungen und Arbeitssuche an einem fremden Ort standen für viele Lohnabhängige an. Mit dem gleichzeitigen Sozialabbau bedeutete diese Politik einen starken Rückschlag für die Arbeiter und die sozial schwachen Schichten: Immer weniger Lohnabhängigen wurden individuelle Aufstiege und Problemlösungen möglich. Die Führung der Labour Party übernahm diese neue ökonomische Politik des Bürgertums, die ihre Erfolge ausschließlich durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter erzielte. Unter New Labour wurden fast nur prekäre Arbeitsplätze geschaffen.

Jugend ohne Zukunft

Mit seiner Propaganda kann Regierungschef David Cameron für den Augenblick von den Ursachen der Ausschreitungen ablenken. Die Lohnabhängigen können durch ihre Arbeit keine soziale Anerkennung mehr erreichen. Ein Viertel (6 Millionen) der Menschen im arbeitsfähigen Alter lebt in unsicheren Verhältnissen, pendelt zwischen Niedriglohnjobs und Arbeitslosigkeit – ohne eine Perspektive, diesem Elend zu entkommen. Hinzu kommt, dass viele Jugendliche (ohne Ausbildung, ohne Beruf) in der zweiten oder dritten Generation arbeitslos sind. Und die britische Wirtschaft hat den Vorkrisenstand von Anfang 2008 noch nicht wieder erreicht.

Studenten und Oberschüler hatten Ende letzten Jahres massiv gegen die Einschnitte im Bildungswesen demonstriert. Eine halbe Million Gewerkschafter brachten bei einer Massendemonstration im März dieses Jahres den Unmut der lohnabhängig Beschäftigten zum Ausdruck. Am stärksten betroffen von der Wirtschaftskrise ist jedoch die Arbeiterjugend, vor allem die der ethnischen Minderheiten. Bei 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit ist die Hälfte der schwarzen Jugendlichen ohne Job – und die Regierung streicht die Mittel für Sozialprogramme und Jugendarbeit.

All das zusammen führt zu einer sozialen Verelendung derjenigen, die für die Profitproduktion nicht gebraucht werden. Enttäuschte, perspektivlose Jugendliche suchen dann Zusammenhalt in Straßenbanden, in denen sie auf kriminelle Wege gelenkt werden. Diese jungen Leute stehen den staatlichen Institutionen und den offiziellen Parteien

zutiefst feindlich gegenüber, was sich in unsozialem Verhalten ausdrückt.

Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken

Und dieser Kopf sind nicht nur die Tories, sondern auch die Labour-Party. Beide sind nicht darauf erpicht, sich mit den Ursachen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Erscheinungen in Großbritannien in ihrem ganzen Umfang auseinanderzusetzen. Politiker und Unternehmer fordern von den Arbeitern Bescheidenheit, während sie ihr eigenes Vermögen wie einen Augapfel behüten und vermehren.

Die Murdoch-Affaire deckte die engen Beziehungen seines Medienkonzerns zu den Politikern und der Polizei auf. Da wurde nicht davor zurückgeschreckt, mit der Überwachung tausender Telefone Gesetze zu brechen. Banker behielten auch nach Milliardenverlusten und staatlichen Bürgschaften ihren Job und gewährten sich selber großzügige Boni. Eine große Anzahl gut bezahlter Unterhausabgeordneter umging die Steuer mit angeblichen großen Ausgaben. Die britischen Regierungen – und nicht nur diese – haben Kriege gegen andere Staaten geführt und dabei die eigene Bevölkerung über die Kriegsziele belogen, so dass sich die Balken bogen.

Was müssen Menschen annehmen, wenn die Oberschicht sich so verhält? Wenn die Herrschenden ihre eigenen Gesetze beugen und brechen, warum sollen dann nicht junge Menschen – arbeitslos, mit Verachtung von den Behörden behandelt, sich dieser Gesellschaft nicht zugehörig fühlend – handgreiflich werden und sich das nehmen, was, wie sie meinen, auch ihnen gehört? Es scheint auf den ersten Blick paradox zu sein, dass Jugendliche, die von staatlicher Unterstützung leben, im Einklang mit dem nationalen »Zeitgeist« handeln. Doch vor dem Hintergrund des selbstsüchtigen und kriminellen Handelns der Vertreter der herrschenden Klasse werden die Gewaltausbrüche erklärbar. Wer am Boden dieser Gesellschaft nur unsoziales Verhalten gelernt hat, wem von der Regierung bescheinigt wird, keine Perspektive zu haben, wem keine Chance auf Bildung zugebilligt wird, wer von der Gesellschaft nicht gebraucht wird, sieht auch, was sich die Leute ganz oben gönnen und herausnehmen.

Die Krawalle lösen keine Probleme, sind eine zerstörerische Sackgasse, widerspiegeln aber zugleich die Verkommenheit des britischen Kapitalismus.

Das Gefühl, fortwährend um Lebenschancen betrogen zu werden, untergräbt das Vertrauen in die Marktwirtschaft, in den Kapitalismus. Es schafft aber noch nicht die Kräfte zur Überwindung der profitorientierten Wirtschaft, auch weil hier nur der individuelle Ausweg gesucht wird. Die Antwort der bürgerlichen Regierung Großbritanniens, die die Mittel für Programme gegen Jugendkriminalität gestrichen hat, besteht in einer extremen Kriminalisierung auch mehr oder weniger unbeteiligter Jugendlicher. Die Aufforderung Camerons, aufgegriffene Jugendliche zu harten Strafen zu verurteilen, wurde von vielen Richtern ergebnislos umgesetzt. Die Trennung von politischer Macht und Rechtssprechung, einer der großen Erfolge des aufsteigenden Bürgertums im 18. Jahrhundert, wurde so teilweise aufgegeben.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit Großbritanniens ist in Europa nicht die Ausnahme. Nur in Deutschland, Österreich und den Niederlanden liegt die Quote unter 10 Prozent, deshalb konnte in Berlin die Regierung von sich geben, hier sei so etwas nicht möglich. In Schweden ist jedoch fast jeder vierte Jugendliche ohne Arbeit, in Italien ist der Anteil noch etwas höher, in Griechenland sind es ein Drittel und in Spanien fast die Hälfte der Jugendlichen.

10.11.11 ■

Hilflos trotz Krisenstimmung

Der Verabschiedung eines umfassenden Sparpakets im September 2011 ging eine heftige Auseinandersetzung innerhalb des rechten Regierungslagers voraus, wie es sie bis dahin nur zu Zeiten christdemokratischer Regierungen gegeben hat. Es wurde deutlich, dass Berlusconi seine Koalition nicht mehr im Griff hat und dass sich angesichts umfangreicher Kürzungen der Staatsausgaben zeitweilig die Einzelinteressen innerhalb der einzelnen Parteien gegenüber der Koalitions- und Parteidisziplin durchsetzten. Offenbar wurde aber auch, wie sehr die Institutionen und die wirtschaftlich starken Staaten der EU die italienische Finanzpolitik mitbestimmen können.

Eigentlich wollten Berlusconi und die Lega Nord im Juni noch Steuererleichterungen durchsetzen. Die Regierungsparteien mussten bei den Kommunalwahlen im Mai nämlich empfindliche Verluste hinnehmen, und die Stimmung unter den Parteimitgliedern verschlechterte sich extrem. Bei der Lega Nord wurde von vielen Anhängern das Bündnis mit Berlusconis Partei in Frage gestellt. Berlusconis sinkende Popularität wurde für die Niederlagen verantwortlich gemacht, und man befürchtete, durch ihn werde auch die eigene Partei noch weiter an Ansehen verlieren. Auch die Rolle von Parteichef Bossi als bedingungslosem Verfechter eines solchen Bündnisses wurde kritisch gesehen. Die Stimmung des Parteivolks wurde noch gedrückter, als wenig später drei Volksabstimmungen Erfolg hatten, die von kleineren Parteien und außerparlamentarischen Initiativen auf den Weg gebracht wurden. Sie richteten sich gegen den Bau neuer Atomkraftwerke, gegen die Privatisierung der Wasserwerke und gegen ein Gesetz, das Berlusconi wieder einmal eine weitgehende Amnestie für die ihm vorgeworfenen Straftaten sichern sollte. Alle Abstimmungen endeten mit deutlichen Mehrheiten im Sinne der Initiatoren, und Umfragen stellten fest, dass auch die WählerInnen der Lega Nord mehrheitlich gegen die Regierung gestimmt hatten.

Sparpaket I: Sparen statt Steuergeschenke

Bossi und Berlusconi wollten daraufhin die Wogen im eigenen Lager glätten und versprachen sofortige Steuererleichterungen. Finanzminister Tremonti war hierbei der Spielverderber und beharrte für den Fall von Steuererleichterungen auf einer Gegenfinanzierung durch Ausgabenkürzungen. Unterstützt wurde er von den Industriellen. Diese Diskussion fand jedoch ein jähes Ende, als Italiens Schuldenstand in den Blickpunkt der Ratingagenturen geriet und eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit befürchtet wurde. Daraufhin blieb es zwar bei den von Tremonti vorgeschlagenen Kürzungen, die versprochenen Steuersenkungen aber verschwanden von der Tagesordnung. Erhöht wurden die privaten Zuzahlungen bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Kindergeld, Unterstützungen für Universitätsstudenten und andere soziale Förderungen wurden komplett gestrichen. Das Renteneintrittsalter der Frauen in der Privatwirtschaft wird auf 65 Jahre erhöht. 45 Milliarden Euro sollten durch diese Maßnahmen eingespart werden. Viele dieser Eingriffe sollten allerdings erst ab 2014 umgesetzt werden, also nach den Wahlen im Jahr 2013. Damit wollte die Regierung ihre Chancen bei den nächsten Wahlen wahren.



»Bonanni, nach 35 Jahren schäme ich mich, Mitglied der CISL zu sein.«
Bonanni ist Chef der Gewerkschaft CISL, die sich nicht am Generalstreik beteiligte

Die Oppositionsparteien und der oppositionelle Gewerkschaftsverband CGIL leisteten diesem Programm keinen ernsthaften Widerstand. Sie waren selbst der Meinung, dass schnell gehandelt werden müsse, um weiteren Schaden für die italienische Finanzpolitik abzuwenden. Waren sie auch nicht mit allen Punkten einverstanden, so wollten sie seine Verabschiedung doch nicht unnötig verzögern: Die Gewerkschaften beließen es bei verbalen Protesten, und die Parlamentsopposition nutzte im Gegensatz zu früheren Anlässen nicht die Möglichkeit, die parlamentarischen Beratungen endlos in die Länge zu ziehen. Natürlich stimmte sie dagegen, konnte aber auch sicher sein, dass die Regierung ihre Mehrheit hinter sich bringen würde.

Unmittelbar nach Verabschiedung des Sparpakets verkündete Berlusconi, die italienische Finanzpolitik sei nun zukunftssicher und die wirtschaftliche Lage des Landes stabil. Doch nur wenige Tage danach stiegen die Zinsen für italienische Staatsanleihen, und das löste einen Alarm aus bei den Industriellen des Landes, bei der Europäischen Zentralbank und bei den Regierungen der wirtschaftlich starken EU-Länder.

Schuldenland Italien

Angesichts der weltweiten Finanzkrise wird die hohe Staatsverschuldung in Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien auch für andere Länder des Euro-Raums zum Problem. Steigen nämlich die Zinsen für die angehäuften Schulden (in Italien 1,9 Billionen Euro), droht ihnen die Zahlungsunfähigkeit. Und bei einem Land der Größe Italiens hätte dies nicht absehbare Konsequenzen. Die Verschuldung Italiens war schon bei der Schaffung der Euro-Zone ein heiß diskutiertes Problem.

Als 1993 im Maastrichter Vertrag die Kriterien für den Beitritt zu einer einheitlichen europäischen Währung festgelegt wurden, war es nur schwer vorstellbar, dass Italien

an diesem Unternehmen teilhaben könnte. Noch 1995 betrug die Inflationsrate 5,4 statt der geforderten 2 Prozent, das Haushaltsdefizit lag bei 8,4 Prozent (statt 3 Prozent) und die Gesamtverschuldung betrug 123,8 Prozent des BIP, während nach den Konvergenzkriterien höchstens 60 Prozent zulässig waren. Ende 1995 machten daher auch der damalige Finanzminister Waigel und Bundeskanzler Helmut Schmidt deutlich, dass die von der italienischen Regierung betriebene Haushaltspolitik noch lange nicht solide genug sei, um Italien »Euro-tauglich« zu machen.

Bezeichnenderweise waren es die Mitte-Links-Regierungen, die durch sog. »Blut-und-Tränen-Programme« dazu beitrugen, die Schuldenlast etwas zu verringern und dafür die Gewerkschaften einbinden konnten. So gelang es, bei den anderen europäischen Ländern Vertrauen in die weitere Entwicklung des Landes zu schaffen. Die Verschuldung konnte bis 1998 auf 112 Prozent gesenkt werden. Ab da war von Bedenken gegen einen Beitritt Italiens zum Euro fast überhaupt nichts mehr zu hören. Ob IWF, OECD oder EU-Kommission: Alle bescheinigten der italienischen Regierung großen Erfolg bei dem Bestreben, die Kriterien zu erfüllen. In einer Studie der Deutschen Bank wurde Italien sogar anderen Ländern als Vorbild angepriesen.

Die von der Regierung Prodi umgesetzten Sparprogramme zu Lasten der Renten und anderer Bereiche führten zu einer Abwendung großer Teile ihrer Basis und so konnte in der Wahl 2001 wiederum das rechte Lager um Berlusconi die Macht erlangen. Berlusconi prahlte damals zwar damit, er sei der »männliche Maggie Thatcher«, doch blieben seine Taten hinter dieser Ankündigung zurück. Natürlich gab es auch unter seiner Regierung immer wieder Sparprogramme zu Lasten der Lohnabhängigen, Rentner und im Bildungs- und Sozialbereich, doch scheute er den großen Wurf. Die Rechtsregierungen gaben sich stets auch volksnah und wollten dieses Image durch harte Einschnitte nicht aufs Spiel setzen. Nur zweimal, 1994 und 2004, wagte Berlusconi eine Konfrontation mit der Arbeiterschaft, die er aber in beiden Fällen verlor. 2004, als der Kündigungsschutz eingeschränkt werden sollte, musste er nach drei Generalstreiks der Gewerkschaften zurückstecken. 1994 kam es gegen eine geplante Rentenreform ebenfalls zu einem Generalstreik. Als in vielen Betrieben spontan weitergestreikt wurde, trat die Lega Nord aus der Regierung aus, und die erste Amtszeit Berlusconis ging zu Ende. Angesichts dieser Erfahrungen wagte die Regierung keine weiteren grundsätzlichen Änderungen am Arbeits- und Sozialrecht.

Die Verschuldung sank zwar auch weiterhin leicht, vor allem aber als Folge der von den Mitte-Links-Regierungen in die Wege geleiteten Rentenreformen. 2007 erreichte die Verschuldung ihren Tiefstand mit 103,6 Prozent. 2009 schnellte sie im Zuge der Finanzkrise auf 116 Prozent hoch und wird dieses Jahr wahrscheinlich 120 Prozent erreichen.

Sparpaket II: Die EU macht Druck

Dieser hohe und wachsende Schuldenstand macht den Verantwortlichen der Europäischen Zentralbank (EZB) und andere europäische Gremien zunehmend Sorgen. Benötigte die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone Hilfen aus dem sog. Euro-Rettungsschirm, wäre dies unvergleichlich schwieriger als zuvor bei Griechenland, Portugal und Irland, falls es überhaupt zu bewerkstelligen wäre. Als wenige Tage nach Verabschiedung des ersten Sparpakets die Zinsen für italienische Staatsanleihen weiter anstiegen, intervenierte der Chef der EZB telefonisch bei Berlusconi und verlangte kategorisch weitergehende Sparmaßnahmen. In einem Brief wurde ihm auch mitgeteilt, welche Maßnahmen ein zweites Sparpaket enthalten müsse. Berlusconi sagte zu, diesen Forderungen umgehend nachzukommen,

Linke und gewerkschaftliche Organisationen:

CGIL – Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner Bund der Arbeit). Bereits vor Ende des Zweiten Weltkrieges mit Unterstützung von Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten gegründete Einheitsgewerkschaft. Nach dem Austritt der Sozialdemokraten und der Christdemokraten stand die CGIL der Kommunistischen Partei nahe.

CISL – Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi (Bund Freier Gewerkschaften). 1949 vom CGIL abgespaltene christdemokratische Gewerkschaft. Sie hatte ursprünglich die Funktion einer gelben Gewerkschaft. Während der Arbeiterkämpfe 1968 – 1976 bildete sich zeitweilig ein starker kämpferischer Flügel heraus. Heute bereit zur Kooperation mit der Regierung Berlusconi

UIL – Unione Italiana Lavoratori (Italienische Arbeiterunion). 1950 von rechten Sozialisten gegründete antikommunistische Gewerkschaft. Die linken Sozialisten blieben in der CGIL. Die UIL arbeitet heute eng mit der CISL zusammen.

FIOM – Federazione Impiegati Operai Metallurgici (Föderation der Angestellten und Arbeiter der Metallindustrie). Der CGIL angeschlossene Metallgewerkschaft, zählt innerhalb der CGIL zum kämpferischen Flügel.

PD – Partito Democratico (Demokratische Partei). Zusammenschluss der aus der PCI hervorgegangenen Demokratischen Linken mit dem linken Flügel der ehemaligen Democrazia Cristiana, kooperiert mit der europäischen Sozialdemokratie im Europäischen Parlament. ■

und schon am nächsten Wochenende lag der Entwurf für ein weiteres Sparprogramm vor. Der Regierungschef musste sich daraufhin vorwerfen lassen, nur noch Befehlsempfänger der EZB und der EU zu sein.

Hatte Berlusconi die Umsetzung der Brüsseler Vorgaben auch noch so überzeugend versprochen, die Umsetzung erwies sich als weitaus schwieriger: Nicht nur von den Oppositionsparteien und den Gewerkschaften, auch im eigenen Lager gab es heftige Kritik an einzelnen Vorschlägen. Das Programm musste fünfmal nachgebessert werden, um den unterschiedlichen Teilen der Koalition eine widerwillige Zustimmung abzurufen. Waren Lega Nord und die Gewerkschaften (auch die befreundeten Verbände CISL und UIL) gegen weitere Einschnitte bei den Renten und gegen Einsparungen bei den Kommunen, so wehrten sich die Wirtschaftsliberalen in Berlusconis Partei gegen eine vorgesehene Reichensteuer. Angesichts der Heftigkeit dieser Proteste reagierten die Macher des Programms sehr nachgiebig. Die strittigen Punkte wurden entschärft oder ganz aus dem Sparpaket entfernt. Kompensiert werden sollten die geringeren Ausgabenkürzungen durch immer neue Instrumente zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Als Folge dieser Änderungen machte sich bei der EZB und bei Regierungen eine gewisse Nervosität breit bezüglich der Seriosität dieses Sparprogramms. Schließlich ist nicht kalkulierbar, welchen Einfluss etwa die Veröffentlichung von Steuererklärungen im Internet auf die Ehrlichkeit der SteuerzahlerInnen hat. Von dieser Seite wurde daher auf Nachbesserungen gedrängt, auf Maßnahmen mit eindeutig berechenbaren Ergebnissen.

Diesen Forderungen wurde schließlich nachgegeben und kurzfristig, einen Tag vor der Beratung im Senat, wurden ohne weitere Diskussion noch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine schnellere Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen beschlossen.

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und folgenloser Generalstreik

Ein Punkt des Sparpakets und ausdrücklich auch Inhalt der Forderungen Trichets an Berlusconi betraf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Der Weg wurde frei gemacht für betriebliche Tarifverträge, die von den Normen der nationalen Tarifverträge abweichen. Im Gesetzestext wird ausdrücklich Bezug genommen auf ein Abkommen der drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL. Mit diesem Abkommen stimmte auch die CGIL gegen den Widerstand des linken Flügels und der Metallgewerkschaft Fiom für eine Dezentralisierung des Tarifsystems und als Ausnahme auch für Herausnahmen aus den Regelungen des nationalen Tarifvertrags. Dieses Abkommen sollte nun Grundlage werden für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Allerdings ging die Regierung noch einen Schritt weiter: Durch betriebliche Tarifverträge sollen nicht nur der nationale Tarifvertrag, sondern auch gesetzliche Regelungen zum Arbeitsschutz außer Kraft gesetzt werden können, also z.B. auch der Kündigungsschutz.

Sofort nach Veröffentlichung des ersten Entwurfs beschloss die CGIL einen Generalstreik gegen dieses Sparpaket. Dieser fand am 6. September statt mit Kundgebungen in einhundert Städten. Die eher regierungsfreundlichen Verbände CISL und UIL sprachen sich gegen einen Generalstreik aus, was jedoch bei vielen Mitgliedern auf Widerspruch stieß. Lediglich die radikaleren Basisgewerkschaften riefen zu Streiks auf, führten aber eigene Kundgebungen durch. Über die Streikbeteiligung liegen je nach Interessenlage sehr unterschiedliche Angaben vor. Die CGIL behauptet, es hätten sich 58 Prozent der Arbeitnehmer daran beteiligt. Bemerkenswert war die Beteiligung von Mitgliedern der CISL und UIL am Streik. In einigen Betrieben riefen die Gremien dieser Verbände zur Beteiligung am Streik auf und in Treviso der Ortsverband der CISL-Metallgewerkschaft.

Wie viele solcher Generalstreiks zuvor konnte aber auch dieser die Forderungen nicht annähernd durchsetzen. Im Gegenteil: Am Tag des Generalstreiks beschloss die Regierung, den Bedenken der EZB und einiger Regierungen nachzukommen und verschärfte das Sparpaket: Sie nahm eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine schnellere Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen ins Programm auf. Dies demonstriert anschaulich, wie heute in Italien die Kräfteverhältnisse gelagert sind.

Die Generalstreiks der letzten Jahre in Italien haben sehr stark den Charakter von Pflichtübungen und sind eigentlich nichts anderes als Demonstrationen während der Arbeitszeit. Es fehlt der Wille, durch ökonomischen Druck die Durchsetzung von Forderungen zu erzwingen. Und es gab auch in diesem Fall keinen Plan für eine Fortführung des Kampfes über den Tag des Streiks hinaus. Es fehlen auch Initiativen von unten, die die Streiks ein Stück weit unberechenbar machen könnten. So bleiben diese Proteste weitgehend wirkungslos und stellen für die Regierung keine Gefahr dar. Lediglich die Fiom versuchte eine Verknüpfung des Generalstreiks mit anderen Protestbewegungen. Sie stellte am Abend vor dem Streik in Turin auf einem zentralen Platz Zelte auf und versuchte damit, am Vorbild der Protestbewegungen in Spanien, Griechenland und Israel anzuknüpfen. Der Funke sprang jedoch nicht über. Für den 15. Oktober plante die Fiom weitere Proteste unter Be-

teiligung verschiedener sozialer Bewegungen. An diesem Tag sollten auch in Spanien Proteste der Bewegung der »Indignatos« (»Empörte«) stattfinden, jener Bewegung, die im Sommer wochenlang den Protest gegen Sparprogramme auf die Straßen trug. ■

Nachtrag 29.10.2011:

Mittlerweile hat die EU den Druck auf die italienische Regierung massiv erhöht und schreckte dabei auch vor einer öffentlichen Demütigung Berlusconis nicht zurück. Von Italien werden »wachstumsfördernde Maßnahmen« verlangt, worunter Privatisierungen, eine Deregulierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie eine weitere Rentenreform verstanden werden. In die gleiche Richtung geht die immer schärfere Kritik des Industriellenverbandes.

Eiligst legte Berlusconi dem Gipfeltreffen der Euro-Regierungschefs am 26.10. ein Papier mit Reformen in diesem Sinne vor. Diese Maßnahmen sind aber weder in der eigenen Partei noch mit der Lega Nord richtig abgestimmt. Die bürgerliche »La Repubblica« nannte es daher ein »Buch der Träume«. Die Reformen dürften innerhalb der Koalition heftigeren Streit auslösen als das oben beschriebene zweite Sparpaket. Ein Ende der Regierung Berlusconis könnte die Folge sein. Innerhalb Berlusconis Partei gibt es mittlerweile Stimmen, die eine Ausweitung der Koalition auf kleinere Parteien des sog. Zentrums anstreben. Ein Rücktritt Berlusconis wäre hierfür allerdings die Voraussetzung. ■

■ FIAT-TARIFVERTRÄGE

Metallgewerkschaft Fiom bleibt isoliert

Als die linke italienische Metallgewerkschaft Fiom am 23.1.2011 ihren eintägigen Streik gegen die Angriffe des Fiat-Konzerns auf die Tarifverträge durchführte (s. Arbeiterpolitik 1/2011), wurde auf vielen Plätzen lautstark die Forderung nach einem Generalstreik zur Verteidigung des Flächentarifvertrags vorgetragen.

Tatsächlich rief der Dachverband CGIL daraufhin für den 6. Mai zu einem Generalstreik auf. Aus Sicht der Fiom hatte dieser Aufruf zwei Haken: Einerseits lag der Zeitpunkt sehr weit in der Ferne, andererseits war die Tariffucht des Fiat-Konzerns kein Thema im Aufruf. Statt dessen ging es um allgemeine Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, wofür die Regierung verantwortlich gemacht wurde. Tatsächlich dürfte dieser Generalstreik weniger als Solidarität mit der Fiom in ihrem Kampf gegolten haben als viel mehr der Unterstützung der parlamentarischen Oppositionsparteien bei den für Mitte Mai angesetzten Bürgermeisterwahlen. Eine Konfrontation mit dem Fiat-Boss Marchionne war da nicht angebracht, da er auch innerhalb des Partito Democratico (PD) Unterstützung findet in seinem Bestreben, Tarifverträge auszuhebeln. Der PD entstand durch die Vereinigung der sozialdemokratischen Linken mit der Partei »Margherita«, die aus dem linken Flügel der früheren Democrazia Cristiana hervorging. Dadurch sind viele Mitglieder der CISL in die neue Partei gekommen, und diese ehemals christdemokratische Gewerkschaft hat die separaten Tarifverträge bei Fiat mit unterschrieben.

Die Mehrheit der CGIL fand es schon lange mehr als bedauerlich, im »linken Abseits« stehen zu müssen, während die anderen gewerkschaftlichen Dachverbände mit der Regierung und den Industriellen über die Zukunft des Arbeitsmarktes und der Tarifpolitik verhandelten. In die linke Ecke gestellt fühlte sich die Führung der CGIL durch eine entschiedene Intervention der Metallgewerkschaft FIOM, die 2008 die Teilnahme der CGIL an einem Abkommen zu einer Neuregelung des Tarifsystems verhinderte, durch das wesentliche Inhalte der Tarifverhandlungen auf die betriebliche Ebene verlagert wurden.

Da sich die CGIL-Gewerkschaften weigern, auf dieser Basis Tarifverträge abzuschließen, sind fast in allen Branchen separate Tarifverträge der Mitgliedsgewerkschaften von CISL und UIL in Kraft. Zwar organisieren die CGIL-Verbände der Metallbranche und des Öffentlichen Dienstes immer wieder Proteststreiks gegen diese Abkommen, ohne sie aber verhindern zu können. Die Mehrheit der CGIL ist mit diesem Zustand unzufrieden, da sie lieber »mitgestalten« will. Deshalb wurde im Vorfeld des Generalstreiks vom 6. Mai das Anliegen der FIOM – der Kampf gegen die Aushebelung der Tarifverträge bei FIAT – ignoriert. Da bei FIAT die Gegensätze zu den anderen Gewerkschaftsverbänden am deutlichsten zu Tage treten, hätte es eine Annäherung an diese erschwert, wenn dieses Thema aufgenommen worden wäre. Doch ging die CGIL noch einen entscheidenden Schritt weiter: Sie nahm kurz vor dem Streik Verhandlungen mit CISL und UIL auf, um ein gemeinsames Abkommen für das Tarifsysteem auszuarbeiten. Diese Verhandlungen wurden im Juni abgeschlossen, und das Abkommen bestätigte nicht nur die stärkere Bedeutung betrieblicher Tarifverträge, sondern sanktionierte auch die Praxis von FIAT, die Regelungen nationaler Tarifverträge zu unterlaufen. In Zukunft ist auch keine Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder zu einem ausgehandelten Tarifvertrag mehr nötig. Das Abkommen stieß auf heftigen Protest bei der FIOM, doch konnte sie keine Rücknahme durchsetzen. Im Juni wurde es von den drei Gewerkschaftsverbänden und dem Industriellenverband Confindustria als Grundlage für künftige Tarifverhandlungen unterschrieben.

Die FIOM ist mit weiteren Forderungen des FIAT-Konzerns konfrontiert. Auch für ein kleineres Werk bei Turin wurde in der Zwischenzeit ein Separatabkommen unter-

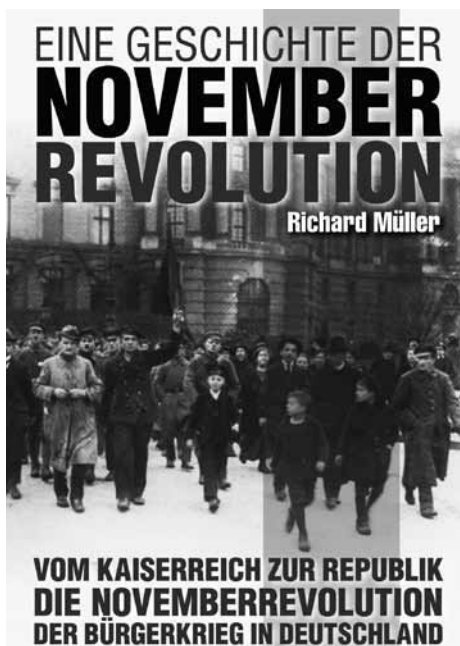
zeichnet. Da die FIOM dort ca. 2/3 der Sitze in der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung innehat, wurde ausdrücklich verlangt, auch die FIOM sollte diesem Abkommen zustimmen. Ansonsten würden keine Investitionen in das Werk vorgenommen. Nach langen Diskussionen entschieden sich die betrieblichen FIOM-Verantwortlichen, dem Abkommen zuzustimmen. Die nationale Leitung verweigerte jedoch ihre Unterschrift.

Einen kleinen Sieg konnte die FIOM vor Gericht erzielen. Zwar bekam FIAT das Recht zugesprochen, derartige Verträge abzuschließen, doch darf die Zustimmung zu solchen Verträgen nicht die Voraussetzung sein, um an den Wahlen zu den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen teilnehmen zu können.

Einen weiteren Beitrag zu dieser Auseinandersetzung leistete die Regierung mit ihrem im September verabschiedeten Sparprogramm. Es beinhaltet auch die Flexibilisierung des Arbeitsrechts und schafft die gesetzliche Grundlage für betriebliche Abkommen, die von den nationalen Tarifen abweichen. Peinlich für die CGIL, dass sich die Regierung im Gesetzestext auf jenes Abkommen vom Juni dieses Jahres beruft, das die CGIL mit den anderen Gewerkschaftsverbänden ausgehandelt hat. Das Gesetz geht allerdings weiter und bietet die Möglichkeit, auf betrieblicher Ebene gesetzliche Bestimmungen zum Arbeitsrecht wie z.B. den Kündigungsschutz, außer Kraft zu setzen.

Das Gesetz ermöglicht Ausnahmen vom Tarifvertrag und von gesetzlichen Regelungen auch ohne Zustimmung von Gewerkschaften. Dies ist im Abkommen der drei großen Gewerkschaften mit der Confindustria vom Juni nicht vorgesehen. Marchionne fühlt sich deshalb in seinen Möglichkeiten eingeschränkt und befürchtet, durch eine Verpflichtung auf das Abkommen nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen zu können, die das neue Gesetz bietet. Er erklärte deshalb den Austritt von FIAT aus der Confindustria.

Mittlerweile gibt es auch in anderen Gewerkschaften leise Zweifel am Sinn dieser separaten Verträge, da FIAT-Chef Marchionne seine Versprechen nicht einhält. So versprach er für das Turiner FIAT-Werk die Produktion eines großen Vans, falls die Arbeiter dem Separatabkommen zustimmen. Jetzt soll dort nur ein kleines »City-Car« hergestellt werden, was weitaus weniger Arbeitsplätze sichert. 8.11.2011 ■



Neuausgabe aller drei Bände aus den 20er Jahren in einem Band – 750 Seiten.

ISBN 978-3-00-035400-7 19,95 EUR

Ein Aktivist der Novemberrevolution von 1918 erzählt – über seinen Weg von der Fabrikhalle auf die Straße bis an die Spitze der Revolutionsregierung. Richard Müller verlangte weder sozialen Kapitalismus noch den Einparteienstaat. Wie Hunderttausende kämpfte er für eine wirtschaftliche Demokratie auf Basis von Betriebsräten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden würden.

Müller beschreibt, wie sich aus einer gewerkschaftlichen Friedensbewegung eine Revolution entwickelte - und scheiterte. Seine erstmals 1924 erschienenen Bände inspirierten Historiker wie Sebastian Haffner und Literaten wie Theodor Plivier, sie sind Standardwerk und Geheimtipp zugleich. Mit der vorliegenden Neuausgabe sind sie erstmals in einem Band versammelt.

Zusätzlich zu diesem interessanten Band ist für 1,50 EUR über die Internetseite: www.arbeiterpolitik.de zu erwerben: Die ausführliche Einleitung (41 Seiten) des 1974 bei Olle & Wolter erschienen Nachdrucks von Frank Dingel.

ArcelorMittal legt europaweit Produktionsstandorte still

Nach einem Gewinn von 2,6 Milliarden Euro im ersten Quartal 2011 hat ArcelorMittal seine Produktion im dritten Quartal gedrosselt. Die konzernweite Werksauslastung war von 78 Prozent im 2. Quartal auf 71 Prozent im dritten Quartal gesunken, weil der Absatz wegen der unsicheren Gesamtlage in der Wirtschaft zurückging. Mittal: »Die Kunden nahmen mit der unsicheren Lage eine abwartende Haltung ein.« Wegen der schwierigen Lage verschob der Konzern einige Investitionen in seine Stahlwerke. An vielen europäischen Produktionsstandorten wurden Hochöfen heruntergefahren, Anlagen stillgelegt oder geschlossen. Die Einrichtungen mit den niedrigsten Kosten sollen zu 100 Prozent ausgelastet werden.

Ein Stahlkocher aus Lüttich schreibt uns:

»Am Standort Lüttich wird die Heißphase stillgelegt. Nach einem fünftägigen Streik der Lütticher Stahlkocher verlieren 500 fest angestellte und 81 Zeitarbeiter (bis zu 2000 einschließlich der Zulieferer) ihren Arbeitsplatz. Die Gewerkschaften mobilisieren auf nationaler Ebene, die flämische Seite eingeschlossen. Sie fordern die Verstaatlichung von ArcelorMittal Liège, doch Mittal kann keinen Konkurrenzbetrieb gebrauchen. Am 26. Oktober wurde die Bevölkerung zur Aktion »Seraing, tote Stadt« mobilisiert: 8.000 Menschen waren in Seraing auf den Beinen, in Solidarität mit den Arbeitern von ArcelorMittal. Auch die Schüler und Lehrer von vier Schulen in Liege-Seraing übten im Arbeitskampf aktive Solidarität. Francis Gomez von der Gewerkschaft FGTB forderte die Verstaatlichung der Stahlindustrie. Er stellte Mittal als modellhaften Kapitalisten dar, der Marx in seinen Darstellungen als Beispiel gedient haben könnte. In Seraing sagte Friedrich Weber, CFDT Gewerkschaftsvertreter bei ArcelorMittal Florange: »Der Kampf ist für alle gleich.«

Die Stilllegung der Heißphase in Seraing kam im wallonischen Parlament zur Sprache: Es soll geprüft werden, ob das europäische Recht eine Enteignung erlaubt. Am 31.10.11 haben die Gewerkschaften den Koksversand gestoppt, weil 19 Zeitarbeiter entlassen worden waren. Die Gewerkschaften sehen in vorschnellen Entlassungen einen Bruch bisheriger Verträge, während der Konzern ihre Zeit als abgelaufen ansieht. Inzwischen lassen die Lütticher Gewerkschaften ein wenig Koks gehen, um zu vermeiden, dass der Betrieb der Kokerei stoppt.

Welche Zukunft haben die von der Schließung der Heißphase in Seraing betroffenen Kollegen? Eingeleitet wurde inzwischen die sogenannte »Renault-Prozedur«. Damit sollen Massenentlassungen möglichst sozialverträglich gestaltet werden. Das ist ein Gesetz, das nach der Schließung des Renault-Werks in Vilvoorde verabschiedet wurde. Grundsätzlich bietet dieses Gesetz Rechtssicherheit für Unternehmer. Ich befürchte, dass befristete Verträge nicht verlängert werden. Bei Verträgen mit unbestimmter Laufzeit kann es vorzeitigen Ruhestand geben. Aber Europa drängt, den Eintritt in das Rentenalter von 55 auf 65 Jahre zu erhöhen.«

Auch das 24stündige Festsetzen ihrer Chefs erwies sich nicht als die Waffe, mit der die Arbeitsplätze hätten erhalten werden können. Auf über 300 Hektar erstrecken sich die ArcelorMittal-Anlagen in Lüttich. Um das Gelände anderweitig nutzen zu können, müsste es aufwändig saniert werden. Studien zufolge würde dieser Prozess rund



30 Jahre dauern und einige 100 Millionen Euro kosten. Es heißt, die Regionalregierung wolle alle Möglichkeiten prüfen, um ArcelorMittal an den Sanierungskosten zu beteiligen. Die belgische Arbeiterpartei zeigte in einer Studie auf, wie wenig Steuern der Stahlgigant in Belgien zahlt. Kritisiert wurde, dass sich die Steuergeschenke der Regierung an keine Arbeitsplatzgarantie gebunden seien. Mit der Stilllegung der letzten wallonischen Hochöfen werden Arbeitsplätze vernichtet - das tangiert auch die Zukunft der Jugend. Überall herrscht das kapitalistische Grundprinzip: Gewinne werden privatisiert; daraus entstehende Kosten und Probleme muss die Allgemeinheit tragen. Endgültig geschlossen werden soll 2012 auch die Drahtstraße im belgischen Fontainebleau.

Jahrhundertealte Metalltradition in Lüttich

Die Metallindustrie in Lüttich geht dank der Anwesenheit von Steinkohle und Eisen bis in das Spätmittelalter zurück. Lüttich war damals berühmt für das Schmieden von Schwertern, Harnischen und anderen Waffen.

Die moderne Stahlindustrie in Lüttich geht auf 1817 zurück. Mitte des 19. Jahrhunderts war das Lütticher Metallbecken sogar vorübergehend das größte und modernste weltweit und lockte auch viele flämische Arbeiter in die Gegend.

In den 70er und 80er Jahren begann der Niedergang aufgrund der zunehmenden Konkurrenz aus Niedriglohnländern und ein Überangebot auf dem Markt. Unternehmen in Lüttich und Charleroi fusionierten zu Cockerill-Sambre, das mit staatlichen Geldern am Leben erhalten werden musste und zum Großteil der wallonischen Region gehörte.

1998 verkaufte die Region Wallonien dann das Stahlunternehmen an die französische Stahlgruppe Usinor, die 2002 mit Arbed aus Luxemburg und Acelaria aus Spanien zu Arcelor fusionierte. 2006 wurde Arcelor dann vom britisch-indischen Geschäftsmann Lakshmi Mittal übernommen, heute die absolute Nummer 1 der Stahlindustrie. Mittal handelt und denkt noch mehr als Arcelor auf globalem Niveau. ■

Europaweite Stilllegungen

Die 2000 lothringischen Stahlwerker glauben der Regierung und dem Konzern nicht, dass der Hochofen nur vorübergehend stillgelegt wird, wie vom Konzern Anfang September verkündet. Ein ausgearbeitetes Wartungsprogramm überzeugte sie nicht. Vor kurzem hatte dieser Produktionsstandort noch Kollegen vom bereits 2009 stillgelegten Werk in Gandrange übernommen. Auch sie waren mit solchen Versprechungen getröstet worden. Im lothringischen Florange kostet die Tonne Stahl 40 Euro mehr als an den kostengünstigeren Produktionsstandorten (bei einem Konzern-Gewinn von 2,6 Milliarden Euro im ersten Quartal 2011). ArcelorMittal begründete die Stilllegung mit einem



»Optimierungsplan«, der bis Ende 2012 Einsparungen im Wert von einer Milliarde Dollar bringen soll (in den kommenden fünf Jahren insgesamt rund vier Mrd. Dollar); dabei soll »die Produktion in den günstig produzierenden Werken« (also 100 Prozent Auslastung) konzentriert werden. Mehrere Hundert Mitarbeiter blockierten vorübergehend aus Protest am Freitagnachmittag den Bahnanschluss der Fabrik. Stahlkocher und ihre Familien halten Mahnwache. In Frankreich sind Gandrange und Florange zu Symbolen des sozialen Protestes geworden. Auf einem landesweiten Streiktag trugen sogar Gewerkschafter in Marseille Spruchbänder mit Parolen zum Erhalt des Standortes in Florange.

Maßnahmen zur Kurzarbeit hat ArcelorMittal in Fos-sur-Mer angekündigt. 60 Prozent der 2600 Beschäftigten droht der Verlust der Arbeit. »Wir fragen nach unserer Zukunft«, klagte Thomas Sebastian, CGT, »mit dem, was in Florange und Lüttich passiert wundert man sich über die industriellen Vorhaben von ArcelorMittal.«

In **Luxemburg** protestierten die Stahlarbeiter im September und Oktober gegen die Schließungen der Produktionsstandorte: Das Elektrostrahlwerk in Schiffingen liegt bis mindestens März 2012 still, zwei Produktionsstraßen in Rodingen produzieren vorübergehend nicht. Als Grund werden Überkapazitäten und der Konjunkturrückgang in der Bauindustrie angegeben. Die Gewerkschaften glauben auch hier nicht an eine vorübergehende Maßnahme und erinnerten an Mittals 2006 gegebene Garantie für alle Standorte, die im Zuge der Fusion mit Arcelor gemacht wurde. Nun hielt sich der Konzern auch nicht an eine im Juni 2011 vereinbarte Umstellung der Produktion auf weniger konjunkturanfällige Produktion. Während die Gewerkschaften einen Plan zur Erhaltung der Stahlindustrie in Luxemburg vermissen, möchte der Konzern, dass ein Stellenabbau über den Staat sozial abgefedert wird. 430 Beschäftigte werden erst einmal in Kurzarbeit geschickt, sie müssen für Wartungsarbeiten oder für andere Standorte auf Abruf zur Verfügung stehen. Einige gehen in den Vorruhestand. Gewerkschaften befürchten den Verlust von bis zu 1000 Arbeitsplätzen bei den Zuliefererbetrieben.

In **Spanien** stellt die Kokerei in Aviles zwei ihrer 8 Öfen ab. Abgestellt wird auch ein Elektrostahlwerk in Madrid. In der Vertriebsparte AMDS sind Werksschließungen geplant. Darüber hinaus sind Arbeitszeitverkürzungsregelungen in Spanien im Gespräch. Im griechischen Volos soll ein Standort mit ca. 80 Mitarbeitern endgültig geschlossen werden. In Polen und in Eisenhüttenstadt bleiben Hochöfen heruntergefahren.

In **Bremen** sind die Stahlarbeiter eingeschüchtert. Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz macht sie unfähig zu einer eigenen Solidaritätsinitiative. In der Stilllegung der Heiße Phase in Lüttich sieht Betriebsratsvorsitzender Hering

sich aktuell in seiner Haltung bestätigt: »Dass es nicht uns trifft, ist einerseits beruhigend, andererseits belegt diese harte Entscheidung die wechselhafte Marktsituation und unterstreicht die konsequente neue Unternehmensstrategie« ... »Je kleiner »der Kuchen« auf dem Stahlmarkt ist, desto schärfer dieser Wettbewerb um das »größte Stück« bzw. einen guten Platz im Konzernranking. Die Wettbewerbsbedingungen sorgen außerdem dafür, dass in der Folge der Abstand zwischen den Top-Werken und den Verlierern noch wachsen wird.« (BR-Info Nr. 156 September 2011). In dieser Aussage zeigen sich die Grenzen eines Betriebsrates: Standortdenken.

Unter der gegenwärtigen weltweiten Entwicklung in der Stahlindustrie sieht Hering nunmehr keine Sicherheit für die Zukunft und nur eine kurzfristige Zielsetzung, die da heißt: im Ranking oben bleiben. Arbeitnehmervertreter aus Lüttich und Bremen hatten noch Anfang September auch über eine engere Zusammenarbeit gesprochen, um ein »Gegeneinanderausspielen« zu verhindern. Im Oktober übte der Bremer Betriebsrat Solidarität, indem er nach dem Streik in Lüttich zu Besuch da war.

In der Stahlindustrie gibt es weltweit Überkapazitäten. Global vollzieht sich eine Kapitalkonzentration, die eine Verlagerung der Schwerindustrie vom Westen nach Asien zur Folge hat, weil dort die Großabnehmer zu finden sind. In Belgien wird gesehen, dass auch die flandrische Industrie insgesamt keine rosige Zukunft hat. Opfer dieser Entwicklung sind auch die traditionelle flandrische Textilindustrie und die Automontage. Der Busfabrikant Van Hool in Koningshooikt ließ wissen, dass die Auslagerung von billigeren Modellen nicht länger ein Tabu sei.

ArcelorMittal demonstriert, dass sich aufgrund des globalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes grundsätzlich kein Produktionsstandort sicher fühlen kann. Bei einem weltweit produzierenden Konzern spielen nationale Interessen keine Rolle mehr. Er setzt Produktionsstandorte zueinander in Konkurrenz, produziert dort, wo Bedarf ist und schließt Werke je nach Konjunkturlage – und z.Zt. geht die Konjunktur wieder zurück.

Die Proteste gehen weiter. Am 19. November veranstalteten lothringische Bergleute, Arbeiter und Kinder der Stahlarbeiter in Florange eine Podiumsdiskussion über die Zukunft des Stahls, mit kulturellem Begleitprogramm. Lütticher Stahlkocher waren dabei. Am 22. November fand das »CGT Nationalmeeting der Stahlindustrie« in Florange statt. Die Proteste der westeuropäischen Stahlwerker haben am 24. 10.11 die europäischen Gewerkschaftsvertreter von ArcelorMittal veranlasst, für den 7. Dezember einen zeitgleichen 24stündigen Streik mit Produktionsstillstand in Luxemburg, Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Polen und Tschechien zu beschließen. Ausgerufen wird der Streik von der Europäischen Föderation der Metallarbeiter EMB. 15.11.11. ■

Parlamentswahlen im politischen Zusammenhang

In den Jahren zwischen 1970 und 1990 stieß der Wohlfahrtsstaat in Dänemark an seine Grenzen. Bis dahin war es dem Kapital möglich aus seinen Gewinnen Mittel abzuweigen, die der Arbeiterklasse zu Gute kamen. Sie kamen teils als Lohngehalt, teils als staatlich (über die Steuern) finanzierte medizinische und Altersversorgung. Dazu gehörten auch Bibliotheken, Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbeihilfen, gute Wohnungen usw. Auch die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern wurde gefördert und hat sich auf dem öffentlichen Arbeitsmarkt weitgehend durchgesetzt.

So bestimmte ein für die Mehrheit der Arbeiter erkennbarer Fortschritt die Auffassung von der bestehenden Gesellschaft. Die Arbeiterklasse ließ ihren politischen und sozialen Stellvertretern freie Bahn für sich zu agieren: Die Folgen waren Passivität und Individualisierung. Es gab hier und da Unzufriedenheit, jedoch war die Zustimmung zum bestehenden System absolut vorherrschend. Es gab gewiss Streiks, auch „wilde Streiks“, die nicht offiziell von den Gewerkschaften getragen wurden, aber häufig gewonnen wurden. Der Widerstand des Kapitals gegen diese Entwicklung wurde jedoch nach und nach merkbar, die umfassenden Streiks 1985 endeten so mit einer bedeutsamen Niederlage.

Unter der Hand machte sich ein gesellschaftlicher Wandel bemerkbar. Ausgelöst wurde dieser durch die technologische Entwicklung. Immer häufiger wurden un- und angelernte Arbeiter überflüssig, ihre Kenntnisse nicht mehr gefragt. Die frühere Ausweichmöglichkeit schlechter qualifizierte Arbeit zu übernehmen gab es nur mehr bedingt: Die Gastarbeiter hatten diese Stellen übernommen. Seit den frühen 1970ern fing ein anfänglich unterschwelliger Fremdenhass an sich auszubreiten.

Dänemark war 1971 nach einer Volksabstimmung mit 2/3 Mehrheit Mitglied der heutigen EU geworden. Der Widerstand gegen diesen Eintritt war vor allem in der Arbeiterbewegung stark. Die Arbeiterbewegung teilte sich etwa in der Mitte, der linke Teil agitierte und argumentierte gegen die Mitgliedschaft. Dieser Kampf wurde zu einer Art Politikersatz, von durchaus widersprüchlichen Motiven getragen. Der Widerstand gegen die EU wird heute politisch sowohl von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei gefördert wie auch von der sozialistischen Einheitsliste, die seit 1994 im Parlament vertreten ist.

Nach dem Zusammenbruch der RGW-Staaten wurde es dem Kapital auch in Dänemark möglich, die Vorstellungen und Wünsche der Arbeiterklasse zu vernachlässigen. Die Entpolitisierung und die ersten Niederlagen in großen Streiks untergruben weiterhin das Vertrauen in die eigene Kraft.

Schwächung der Gewerkschaften

Deutlich wurde das in der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, die seit Mitte der 1990er langsam Mitglieder verliert. Der Organisationsgrad des Gewerkschaftsbundes der Industriearbeiter fiel von über 80 Prozent auf heute etwa 50 – 60 Prozent. Große Teile der Lohnarbeiter verstehen nicht mehr die Rolle der Gewerkschaften, wissen nicht, wozu diese da sind. Gleichzeitig hat sich die Grundlage der Organisationen geändert: Viele frühere Arbeiter sind jetzt Angestellte der einen oder anderen Kategorie. Viele junge Arbeiter organisieren sich nicht. Vor allem sind durch die technologische Neustrukturierung – in der letzten Krise sind etwa 175.000 industrielle Arbeitsplätze verloren ge-

gangen – andere fachspezifische Gewerkschaften für die Arbeiter wichtiger geworden. Diese Gewerkschaften sind keine »gelben« Gewerkschaften, sie stehen aber auch nicht in der Tradition des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.

»Gelbe« gibt es, sie haben aber trotz Wachstums noch keine große Bedeutung. Das kann aber anders werden; die »Gelben« erwarten, dass die Tarifverträge durch von der EU vorgeschriebene Einzelverträge ersetzt werden, und die Kompetenzen der Gewerkschaften dadurch verloren gehen. Ob dieses Szenario sich durchsetzen wird ist nicht eindeutig. Jedoch ist klar, dass die Rechte der Lohnempfänger nicht erhalten bleiben, falls sich die EU in der von den »Gelben« vorausgesehenen Richtung weiter entwickelt.

In diesem Prozess verlor die sozialdemokratische Partei an Bedeutung. Sie ging von etwa 40 Prozent der Stimmen (1970) auf heute ca. 25 Prozent zurück. Als Mitgliederpartei besteht sie kaum noch, ihre Presse ist verschwunden. Sie hat die gesellschaftliche Entwicklung nicht verstanden, ihr politisches Selbstverständnis, Vertreter der Lohnarbeiter und entsprechender sozialer Schichten zu sein ist verschwunden. Daher hat sie auch keine Antwort auf die Probleme der Arbeiter finden können. Die Sozialistische Volkspartei, die sich früher als linkssozialistisch verstand, hat bei der Wahl im September 2011 mit der Sozialdemokratie ein gemeinsames Wahlprogramm beschlossen. Dieses beruht weitgehend auf sozialdemokratischen Vorstellungen.

Das Ergebnis der Wahlen

Bei den diesjährigen Wahlen war die Empörung in starken Gewerkschaften über die bisherige rechtsbürgerliche Regierung so groß geworden, dass sie aktiv in den Wahlkampf eingriffen. Die Regierung hatte u.a. ein Gesetz durchgebracht, dass die steuerliche Absetzbarkeit der Mitgliedsbeiträge für die Gewerkschaften stark herabsetzte. Weiterhin arbeitete sie an der Verschlechterung des Arbeitslosengeldes und der Frühverrentung. Die aktivistischen Gewerkschaften forderten nun dazu auf „Rot“ zu wählen, d.h. die beiden sozialdemokratischen Parteien wie auch die linkssozialistische Einheitsliste. Auch sozialdemokratische Gewerkschafter akzeptierten diese Losung. Der kurze Wahlkampf wurde intensiv geführt, der erwartete Linksruck fand jedoch nicht statt. Wohl erzielte die linksbürgerliche sozialliberale Partei einen bedeutenden Gewinn auf Kosten der rechtsbürgerlichen Konservativen Partei und auch der Dänischen Volkspartei. Sie ist der eigentliche politische Gewinner der Wahl. Bei der Regierungsbildung konnte sie ihre Position weitgehend durchsetzen. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die vor der Wahl die Aufhebung gewisser gewerkschaftsfeindlicher Gesetze der bisherigen Regierung versprochen hatten, kapitulierten so vor den Sozialliberalen.

Die Aktivisten der Einheitsliste verstehen die Partei als revolutionäre bzw. marxistische Partei. Sie verdreifachte ihren Stimmenanteil auf 6,7 Prozent und hat jetzt zwölf statt vier Sitze im Parlament. Sie holte sich jedoch diese Stimmen überwiegend von den zwei sozialdemokratischen Parteien. Damit kam sie nicht in die Schlüsselposition, die es ihr ermöglicht hätte, Druck auf die anderen Parteien auszuüben. Ihr Ziel ist, innerhalb des parlamentarischen Rahmens Verbesserungen für die Lohnempfänger herauszuholen. Der intensive Einsatz vieler Gewerkschafter und einiger Industriegewerkschaften hat keine dafür ausreichende

Mobilisierung erbracht. Die Rückschläge des letzten Jahrzehnts sind noch nicht überwunden. Vor der Einheitsliste stehen die Aufgaben der internen Selbstverständigung und der weiteren Verankerung in die unklaren Bewegungen. Ob sie diesen zu einem klaren Verständnis ihrer Aufgaben verhelfen kann, muss sich erst zeigen. Im Prinzip kommen die nächsten Wahlen in vier Jahren, es wird viel „Blut und Tränen“ kosten um die neuen Wähler weiter zu führen.

Die Einheitsliste liegt im größten Teil des Landes unter dem Durchschnitt ihres Stimmenanteils. In Kopenhagen ist sie dagegen besonders stark und hat dort in einigen Bezirken die Sozialdemokratie überflügelt. Die Einheitsliste hatte schon immer ihr Schwergewicht in Kopenhagen, dieses ist jetzt deutlich ausgebaut worden. Ebenso hat sie ihre Mitgliederzahl in den letzten Jahren langsam erhöhen können auf derzeit etwa 6200 Mitglieder. Eine ihrer Stärken ist die Verankerung nicht nur unter Studierenden, sondern auch in der Gewerkschaftsbewegung: Vier ihrer Abgeordneten sind in den Arbeitergewerkschaften organisiert, einige von ihnen sind Funktionäre in der größten dänischen Gewerkschaft, der Fabrikarbeitergewerkschaft 3F. Die Einheitsliste war von ihrem Erfolg überrascht und versucht jetzt auf der neuen Grundlage ihre Positionen in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Bewegungen zu verbessern. In diesen Diskussionen müsste die EU eine Rolle spielen.

Wahlergebnisse:

In Klammern die Vergleichszahlen von 2007

Sozialdemokratische Partei 24.8% (25.5%)
 Sozialliberale Partei 9.5% (5.1%)
 Sozialistische Volkspartei 9.2% (13.0%)
(diese drei Parteien bilden die Regierung)

Rot-grüne Einheitsliste 6.7% (2.2%)

Konservative Partei 4.9% (10.4%)
 Rechtsliberale Partei 26.7% (26.2%)
(diese zwei Parteien bildeten die bisherige Regierung)

Dänische Volkspartei 12.3% (13.9%)
 Liberale Allianz (neoliberale Partei) 5.0% (2.8%)

Auf Grönland und den Färøern werden jeweils zwei Abgeordnete gewählt – nach dieser Wahl sind die zwei Grönländer sozialdemokratisch-sozialistisch, der eine Färing ist Sozialdemokrat).

Wahlbeteiligung 87.7 % (86.6 %) ■

Die Bedeutung des Themas EU

Ein zentraler Widerspruch zwischen den Regierungsparteien (den zwei sozialdemokratischen und der sozialliberalen) und der Einheitsliste, ist die Frage nach dem Verhältnis zur EU. Die Regierung wie die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Dänischen Volkspartei sind in ihrer Gesamtheit für die EU. Die Einheitsliste lehnt die EU aus anderen Gründen ab. Sie versteht diese – zu Recht – als einen Zusammenschluss der bürgerlichen Kräfte bzw. des Kapitals. Dadurch werden die Interessen der Arbeiterklasse in der EU kaum vertreten, weil die sozialdemokratischen Parteien in der bürgerlichen Politik verhaftet sind. Die Einheitsliste kann da z.B. auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes verweisen, die konsequent gegen die erkämpften gewerkschaftlichen Rechte urteilt. Die Einheitsliste hat das

Berufspolitiker?

Die politische Sprecherin der Parlamentsgruppe der Einheitspartei, Johanne Schmidt Nielsen, wurde während des Wahlkampfes sehr populär. Sie kam in den Medien gut an und hat der Partei wahrscheinlich viele Stimmen zugeführt. Jedoch wird sie bei der nächsten Wahl nicht wieder aufgestellt werden können. Die Satzung der Partei sieht vor, dass man nur während zweier Perioden Parlamentsmitglied sein kann, danach muss man eine Periode aussetzen, bevor man wieder aufgestellt werden kann. Das Berufspolitikertum soll vermieden werden, es gibt schon genügend schlechte Erfahrungen. ■

Ziel, die Einbindung in die EU zu beenden. Sie stellt sich vor, dass die einzelnen Staaten sich besser an die Bedürfnisse ihrer Bürger anpassen können. Die Staaten würden sich dann auch in eine progressive Richtung entwickeln können. Als Alternative zur EU schlägt die Einheitsliste eine globale Zusammenarbeit vor, evt. in der Form einer weltweiten Wirtschaftsgemeinschaft, die die Demokratie, die Wohlfahrt und die Solidarität fördert.

Diese Zielsetzung beruht auf der Einschätzung, dass die einzelnen EU-Staaten tatsächlich wirtschaftlich unabhängig oder autonom sind, und die nationalen Parlamente diese Entwicklung bestimmen können. Dänemark ist ein Kleinstaat mit etwas über fünf Millionen Einwohnern, die wirtschaftliche Kraft des Landes ist nicht sonderlich hoch – manche sind jedoch der Ansicht, dass Dänemark wie auch die weiteren EU-Staaten eine selbstständige politische und ökonomische Politik führen können, und fordern den Austritt aus der EU. Welche Alternativen es tatsächlich gibt, ist unklar.

Eine Diskussion in der Einheitsliste zur EU und ihrer Entwicklung wird kaum geführt. Sie ist auch nicht unmittelbar zu erwarten. Der Widerstand gegen die EU ist verfestigt und hat eine Identifizierung der politischen Linken mit dem EU-Widerstand bewerkstelligt. Der Widerstand gegen die EU und ihre Vorgänger war früher insofern berechtigt, als die SU und der RGW bestanden. Aber die Entwicklung ist seit der Volksabstimmung 1970 nicht stehen geblieben. Die europäischen Nationalstaaten sind überholt – will die Arbeiterklasse und die politische Linke dieses Europa ändern, kann es nicht auf der Ebene der Nationalstaaten geschehen.

Wenngleich davon auszugehen ist, dass der Wunsch die EU zu verlassen, von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt wird, vielleicht sogar von der Mehrheit, so ist nicht damit zu rechnen, dass dies zu einem Austritt führen wird (es sei denn, Großbritannien tritt aus). Solange Dänemark EU-Mitglied ist, wird auch die parlamentarische Linke sich auf die Bindungen bzw. die Rechtssprechung in der EU einlassen müssen, um diese zu bekämpfen. Die Diskussion auf der Linken über den Inhalt der EU und wie man diese bekämpft oder ändert, steht noch aus. 10.11.11 ■

Johann Knief, ein konsequentes Leben

Im Frühjahr 2011 erschien eine neue Biographie über den Bremer Linksradikalen Johann Knief. Verfasser ist der in der DDR aufgewachsene Historiker Gerhard Engel, der sich seit Jahrzehnten mit der Bremer Linken und Knief beschäftigt hat. Er hat sich sachlich und auf breiter Quellengrundlage mit der Thematik auseinandergesetzt. Auch diese Arbeit, die sicherlich lange als die grundlegende Arbeit über Knief bestehen wird, zeichnet sich durch eine breite Kenntnis der Literatur und Quellen aus. In Historikerkreisen hat die Bremer Arbeiterbewegung seit 1945 ein breites Interesse hervorgerufen; es gibt sogar eine eigenständige Zeitschrift zur Bremer Arbeiter- und Sozialgeschichte, wie es auch umfangreiche Archivbestände in verschiedenen deutschen Instituten gibt.

Aktiv im Bremer Lehrerverein

Der aus einer kleinbürgerlichen Familie stammende Knief (1880-1919) bekam die Möglichkeit, sich als Volksschullehrer auszubilden, und begann seine pädagogische Arbeit 1901. 1906 wurde er vollgültiger Volksschullehrer. Zu dieser Zeit war ein Konflikt zwischen dem »Bremer Lehrerverein« und der Stadtregierung ausgebrochen. Der gesamte Lehrerverein wehrte sich gegen die Umwandlung des in Bremen traditionell undogmatischen Unterrichts des Faches biblischer Geschichte in einen starren Katechismusunterricht. Dieser Konflikt war noch nicht parteipolitisch gebunden.

In diesen Auseinandersetzungen bildeten sich unter den Lehrern Fraktionen heraus, die anfänglich zusammenarbeiteten, sich später jedoch differenzierten. Eine der Fraktionen wurde von Sozialdemokraten geführt, denen sich Knief anschloss. Er fand also um 1905 über die Pädagogik den Weg zur damaligen revolutionären Partei. Inwieweit dieser Zugang ihn auf die Dauer prägte, wird vom Verfasser nicht als Frage gestellt. Jedoch ist deutlich, dass für Knief auch später der Kampf um die Köpfe, sprich Bildungs- und Schulungsarbeit, eine bedeutende Rolle spielte. Die Bremer sozialdemokratische Parteiorganisation wie auch ihr Organ die Bremer Bürger-Zeitung (BBZ) beobachteten diesen Konflikt, der Bedeutung für ganz Deutschland hatte, genau.

Entwicklung in Bremen

Bremen entwickelte sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert von einer großbürgerlich geprägten Handelsstadt zu einer industriell bestimmten Stadt, d.h. die Widersprüche zwischen den Klassen wurden ausgeprägter und schärfer ausgetragen. Bedeutend wurde in Bremen vor allem die Werftindustrie, in der viele Tausende ungelernete und Facharbeiter Anstellung fanden. Die Einwohnerzahl wuchs von 100.000 (1875) auf 250.000 (1911), von denen der größte Teil auf die Industriearbeiter entfiel. Der industrielle Aufschwung führte auch zu einer Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. 1890 wurde die »Bremer Bürger-Zeitung« gegründet, die in den folgenden Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung nahm; knapp 45 Prozent der sozialdemokratischen Wähler waren Abonnenten. Redakteur wurde Alfred Henke, der zu den Linken innerhalb der SPD gehörte. Weiterhin leitete die Partei eine breit gefächerte Bildungsarbeit ein. 1910 übernahm der linke holländische Sozialdemokrat Anton Pannekoek als Schulungsleiter diese Arbeit. Pannekoek hatte sich schon längere Zeit in Deutschland aufgehalten und sich in der Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung betätigt. Weiter war nicht unwichtig, dass Heinrich Brandler, aus Hamburg



ausgewiesen, nach Bremen verzog, Dort nahm er in der Jugend-, Bildungs- und Gewerkschaftsarbeit eine Position ein, die auf die selbstständige politische Arbeit der Arbeiter ausgerichtet war – mit dem Ziel, diese Gesellschaftsordnung zu überwinden. Brandler verließ jedoch schon 1908 Bremen – erst während des Weltkrieges ergab sich wieder eine Zusammenarbeit zwischen Knief und ihm.

Kniefs politischer Weg

Knief beteiligte sich zeitweilig mit an führender Stelle an den Auseinandersetzungen im Schulstreit. Für ihn reichte diese Arbeit nicht aus, weil sie nur einen Teilbereich der gesellschaftlichen Widersprüche erfasste. Die Kämpfe der Industriearbeiter zeigten ihm, wo die Kräfte waren, die diese Gesellschaft verändern konnten. Er entwickelte nach und nach einen klaren politischen Standpunkt, der ihn in Kontakt mit führenden Teilnehmern der Bremer Arbeiterbewegung brachte. Folgerichtig forderte er offen, den schulpolitischen Kampf in den von der SPD geführten Klassenkampf einzuordnen. Dennoch: Der Widerspruch zwischen seiner Arbeit in der Schule – es ist überliefert, dass er sowohl ein guter wie auch beliebter Lehrer war – und seinem politischen Leben ließ sich für ihn nicht aufheben.

Als ihm eine Stellung an der »Bremer Bürger-Zeitung« angeboten wurde, schied er November 1911 aus dem Schuldienst aus und wurde zweiter politischer Redakteur an der BBZ. Als Alfred Henke 1912 in den Reichstag gewählt wurde, erhielt in der Folge Kniefs Stellung in der Redaktion eine größere Bedeutung: Die BBZ wurde eines der wichtigsten Sprachrohre des linken Flügels der SPD, der sich seit etwa 1907/1908 langsam festigte. Die dominierende Fraktion war das »marxistische Zentrum« um Bebel und mit Karl Kautsky als dem theoretischen Kopf, die sich mit »alten, bewährten Taktik« begnügte. Der linke Flügel um Luxemburg, Zetkin und einigen lokalen Organisationen (z.B. Stuttgart) bildete sich erst langsam heraus. Er erkannte gewiss, dass eine Änderung im politischen Kampf der Arbeiterbewegung notwendig war, aber es gelang dieser Gruppierung vor 1914 nicht die Widersprüche zum »Zentrum« zu verdeutlichen. Auch in Bremen gab es einen rechten Flügel, der vor allem in den Gewerkschaften verankert war. Die »linksradikale« Richtung, deren Wortführer Knief werden sollte, hatte sich vor Ausbruch des Weltkrieges noch

nicht verselbständigt, aber die Dreiteilung der Arbeiterbewegung in Rechte, Zentrum und Linksradikale war im Ansatz vorhanden.

Im Schulkampf errang die Linke im Bremer Lehrerverein zeitweise die Mehrheit, verlor und gewann sie wieder. Schon während dieser ersten Erfahrungen in seiner politischen »Karriere« zeigte sich Kniefs Unduldsamkeit gegenüber den Einschätzungen anderer und dogmatische Verurteilung der »Unentschlossenheit und Rückgratlosigkeit« vieler Kollegen (vgl. etwa S. 86 – 91). Das Ergebnis seiner kompromisslosen Haltung war jedoch die Isolierung der Linken insgesamt und in der Folge eine Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion im Lehrerverein. Knief blanzierte später seine Erfahrungen aus diesen Jahren und bezeichnete sie als grundlegend für sein Verständnis von Politik insbesondere von sozialdemokratischer Politik (S. 100/101).

Im Unterschied etwa zu Karl Liebknecht, der niemals ernsthaft Marx' oder Engels' Werke studierte, begann Knief sich um 1905 gründlich mit der marxistischen Literatur zu beschäftigen (S. 61) und diskutierte mit anderen die Ergebnisse seiner Studien. Es war dies nicht nur eine »Jugend-sünde« sondern vielmehr führte er dies konsequent weiter, suchte seine Lektüre in die eigene theoretische Arbeit einzubauen (S. 150). Verstärkt wurde dieses Verständnis durch die persönliche Bekanntschaft etwa mit dem marxistischen Historiker und sozialdemokratischen Wanderlehrer Hermann Duncker, mit Anton Pannekoek wie auch mit Karl Radek.

Knief privat

1908 heirateten Knief und Käthe Müller. Sie stammte wie Knief aus Bremen, ihr Vater war Tischlermeister, und die Ehe entwickelte sich auf einem gemeinsamen sozialdemokratischen Selbstverständnis. 1916 traf Knief die damals 19-jährige Lotte Kornfeld, die als Kurier für Radek tätig war. Es war gewiss eine problematische Zeit für Knief – die Niederlage der Linken im Kampf gegen die Entwicklung der SPD, der drohende Verlust der Arbeit als Redakteur und sein zunehmendes Desinteresse an Frau und den zwei Söhnen verbanden sich in seiner Vorstellung. Käthe Knief, die die Verantwortung für die Kinder hatte, brachte notwendigerweise andere Probleme zur Sprache als die politischen Gegensätzlichkeiten (S. 276, 278 – 280, 303). Knief – wie auch sein Biograf Gerhard Engel – hatten/haben für ihre Situation kein Verständnis. Knief war dagegen von Lotte Kornfeld faszinierte, sie brachte keine für ihn offenbar nebensächlichen Familienprobleme in das tägliche Leben. Sie war unabhängig, offenbar auch wohlhabend und war politischen Problemen gegenüber aufgeschlossen. Engel schreibt ihr eine politische Einsicht zu, die sie kaum haben konnte. Knief verließ Ende 1917 seine Familie mit der Begründung, dass er nur mit einer Frau zusammen leben könne, die auch seine Weltanschauung teile (331, 343).

Die Bremer Linksradikalen

Die Bremer Arbeiterbewegung stand eindeutig auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung. Knief förderte diese Position durch seine Arbeit in der Redaktion, u.a. indem er öfters Beiträge von vor allem Karl Radek veröffentlichte. Radek wies in diesen Artikeln nach, dass der Imperialismus die dominierende Kraft des Bürgertums war und dass dies auch die allgemeinen Entwicklungslinien in Bezug auf eine kommende Auseinandersetzung aufzeigen würde (S. 129, 132, 136). Jedoch kamen auch andere Vertreter des linken Flügels häufig in der BBZ zu Worte, wie z.B. Rosa Luxemburg. Sie brach um 1912 nach einem heftigen Streit mit Radek (und Lenin im Hintergrund) die Verbindung zur

Bremer Linken ab. Der Streit hatte seinen Ursprung in der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien Russlands, u.a. in der Frage der Nationalitäten, der Organisationsprinzipien und der allgemeinen Entwicklungstendenzen. Radek hatte sich von der polnischen Partei Luxemburgs entfernt und den Bolschewiken angeschlossen. In Deutschland hatten diese Differenzen keine aktuelle Bedeutung, jedoch wurde Radek durch Luxemburgs Intervention aus der SPD ausgeschlossen und hatte deshalb Probleme, weiterhin in der BBZ zu veröffentlichen (S.128 – 138, 143 – 151). Oberflächlich kam es zu einem Friedensschluss zwischen den Bremer Linken und Luxemburg, jedoch brach der Gegensatz während des Weltkrieges wieder auf (S. 297).

Die Bremer Linke wie auch die anderen linksradikalen Gruppen vor allem in Norddeutschland, die sich um die Bremer sammelten, wie natürlich ebenfalls der Spartakusbund, verstanden die Arbeiterbewegung auch oder vor allem als internationalistische Bewegung. Für die tragenden Aktivisten in der Arbeiterklasse war der Internationalismus seit etwa 1840/1850 eine lebendige Erfahrung. Viele von ihnen waren als Handwerksgehlen durch die verschiedenen europäischen Länder gewandert. Sie wussten, dass die Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus im Wesentlichen identisch war: Sie waren ausgebeutet und wussten, dass die Arbeiter der einzelnen Länder gegen einander ausgespielt würden, wenn dem nicht durch eindeutige internationalistische Arbeit entgegengewirkt würde. Nach 1900 ging diese Erfahrung allmählich verloren, sie wurde auf längere Sicht eine Ideologie, die mit einer nicht mehr erfahrenen Realität begründet wurde. Knief war kein Arbeiter, dem die materielle Grundlage des Internationalismus selbstverständlich war. Jedoch war Bremen eine zentrale Hafenstadt mit einem entsprechend wichtigen Einschlag von Ausländern. Das mag ihm mit dazu verholfen haben, die Bedeutung der internationalen Bewegung zu erkennen – wie vielleicht auch der 1. Mai als internationaler Demonstrationstag für den Acht-Stunden-Tag ihm Einsicht vermittelt haben mag.

Trennung von der SPD

Mit den Demonstrationen und Streiks gegen den Krieg und für mehr Lebensmittel im Sommer 1916, gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht, wurde in Bremen ein Punkt erreicht, an dem es den Linksradikalen nicht mehr möglich war, ihre Einschätzungen in der BBZ zu veröffentlichen. Der Berliner Parteivorstand konnte juristisch abgesichert die Zeitung übernehmen. Johann Knief gab deshalb ab Juni 1916 die »Arbeiterpolitik – Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus« heraus.

Am 24. Juni 1916 zog die »Arbeiterpolitik« einen Trennungsstrich zur Sozialdemokratie: *»Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. ... Als revolutionäre Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen; ... Ihr Werk endet mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führen der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; ... Das Dasein einer selbständigen Arbeiterbewegung genügt zum Sozialistengesetz. ... Nichts fürchtete die Sozialdemokratie seither so sehr, als die Wiederkehr eines politischen Ausnahmezustandes. ... Aus dem Kampf gegen den Staat wurde die Anpassung an den Staat. ... Sie gaukelte den politisch noch nicht erwachsenen Massen das Idealbild vom sozialistischen Himmelreich vor und wurde so zum Sammelpunkt für alle Unzufriedenen und Heilbedürftigen. ... Sie redete viel vom Endziel; aber den Weg des Kampfes mochte sie nicht beschreiten Sie wurde so rapide zur Massenpartei, weil das Entwicklungstempo des deutschen*

Kapitalismus die Proletarisierung weiter Volksschichten so schnell besorgte. ... Wir erleben den Niederbruch und wir stehen doch gleichzeitig am Beginn des Aufstiegs.»

Ebenso inhaltsreich ist Kniefs Resolutionsentwurf für die Generalversammlung des »Sozialdemokratischen Vereins Bremen« nach dem Ausschluss des Ortsvereins Bremen durch den Parteivorstand in Berlin. »Angesichts der Tatsache, dass die Arbeiterschaft heute mehr denn je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angesichts ferner, dass der Krieg die ... Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassenkämpfe selbst verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst ... die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der Macht in dieser letzten im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus« (»Arbeiterpolitik« 24. Februar 1917). Die Linksradikalen hatten zwar die Mehrheit im Ortsverein, aber dem Parteivorstand war es dennoch möglich den Ortsverein auszuschließen.

Politische Differenzen unter den Linken

Beim Kreis um Rosa Luxemburg und Leo Jogiches stieß die frühe Spaltung der Partei in Bremen auf Ablehnung. Die Chemnitzer Fritz Heckert und Heinrich Brandler kritisierten den Standpunkt Leo Jogiches' scharf. Zu einer praktischen Mitarbeit Brandlers an der »Arbeiterpolitik« kam es aufgrund von tiefen Differenzen in der Gewerkschaftsfrage nicht. Die Bremer Linksradikalen schlussfolgerten aus ihren Erfahrungen mit den Gewerkschaften, dass es zur Spaltung kommen müsse, weil die Gewerkschaftsbükratie unüberwindbar sei, also »Schluss mit den reformistischen Gewerkschaften«. Auf Kniefs Einwand zur Kritik Brandlers, so wichtig sei die Frage nicht, erwiderte Brandler »Für dich als Schulmeister ist sie auch nicht wichtig. Du weißt nicht um die ungeheure Bedeutung dieser Gewerkschaften, gerade im Krieg« (Brandler in einem Vortrag vor der Gruppe Arbeiterpolitik etwa 1966). Welche Brisanz in der Gewerkschaftsfrage lag, zeigte sich Jahre später in ihrer tiefen politischen Bedeutung, als Brandler am Ende der Weimarer Republik gegen die RGO-Politik der KPD kämpfte.

Der zentrale politische Widerspruch zwischen Spartakus und den »Internationalen Kommunisten Deutschlands«, wie sich die Linksradikalen vor allem in Norddeutschland seit Anfang 1918 nannten, entstand in der Auseinandersetzung um die Frage, wann man die alte Partei verlassen sollte bzw. wie lange man noch innerhalb dieser arbeiten konnte, um den Kontakt mit den organisierten Arbeitern nicht zu verlieren. Knief arbeitete hier, vermutlich auf der vergleichsweise engen Perspektive seiner Bremer Erfahrungen, für einen frühen Bruch, während der Spartakusbund sich als Sonderorganisation innerhalb der USPD etablierte. Diese Positionen wurden von beiden Seiten in unterschiedlicher Weise vorangetrieben, wobei Knief jedoch grundlegend daran festhielt, dass der Spartakusbund eine größere Zahl der linken Oppositionellen sammelte und auch eine größere Erfahrung hatte. Dieses Problem wurde schließlich durch die Gründung der KPD zur Jahreswende 1918/1919 gelöst. Knief nahm nicht am Parteitag teil, auf Grund von Widersprüchen zur Mehrheit der Bremer Organisation – es ging dabei u.a. um die Frage nach der Beteiligung an den Wahlen – einer Frage, in der er gegen die Bremer Mehrheit den Standpunkt der Führung des Spartakusbundes teilte. Es dauerte noch einige Jahre, bis die KPD sich als eigenständige Kraft in der Arbeiterbewegung festigen konnte. Knief, der einen wesentlichen Beitrag zur ganzen Diskussion geliefert hatte, war jedoch schon in den Revolutionstagen an

den Folgen einer verschleppten Blinddarmentzündung im Januar 1919 verstorben.

Die Persönlichkeit Kniefs

Die Biographie von Engel gibt ein breites Bild von Knief und seiner politischen Entwicklung. Die politische Umgebung, in der Knief handelte, ist den Umständen entsprechend mit einbezogen, so dass sein politischer Weg weitgehend verständlich wird. Engel ist ihm gegenüber nicht unkritisch, als politisch denkender Wissenschaftler schätzt er die Konsequenzen von Kniefs Verhalten ein und hält ihm vor, dass sein Dogmatismus ihn auf Abwege führte, er kein Verständnis für mehr oder weniger abweichende Einschätzungen hatte. Dies war nicht nur im Bremer Lehrerverein so, sondern auch später in der Auseinandersetzung mit Vertretern der linkszentristischen »Unabhängigen Sozialdemokraten« wie Adolph Hoffmann und Georg Ledebour. Engels' Versuch die Ursachen von Kniefs Internationalismus zu erklären, greift jedoch zu kurz. Engel hinterfragt nicht seine eigenes, aus der späteren KPD-Tradition stammendes Verständnis von Zusammenarbeit, Bündnispolitik und seine damit zusammenhängenden taktischen Verhaltensweisen; diese werden Knief und seiner Zeit übergestülpt und verhindert, diese wirklich zu verstehen.

Knief war ein außergewöhnlicher Vertreter einer bestimmten Strömung der Arbeiterklasse. So wie er seiner Familie gegenüber versagte, so konsequent blieb er in seinem politischen Kampf. Er vertrat seine Einschätzungen mit voller Einsatzbereitschaft und hatte auch die Qualitäten als Redner, Journalist und Theoretiker, die für eine solche Position offenbar notwendig sind. Er scheint auf seine Mitkämpfer einen bedeutenden Einfluss gehabt zu haben, der sich noch 25 Jahre später bei bremischen Arbeitern bemerkbar machte.

Knief war eine Persönlichkeit, die sich aus kleinbürgerlichen Verhältnissen heraus entwickelte, seine theoretischen Erkenntnisse und der Weg, auf denen er zu diesen kam, sind nachvollziehbar. Doch um die Umbruchperiode vor und während des I. Weltkrieges in ihrer Gesamtheit und gleichzeitigen Differenziertheit zu verstehen, ist die Kenntnis seines Wirkens und das der anderen (Bremer) Linksradikalen von Nutzen. Das Buch führt in eine Zeit der Auseinandersetzung um den Weg der organisierten Arbeiterklasse. Knief wirkte in einer Zeit, als sich der Kapitalismus zum Imperialismus weiterentwickelt hatte. Schließlich wurde der kapitalistische Konkurrenzkampf um Rohstoffe, Energiequellen und Absatzmärkte im 1. Weltkrieg ausgetragen. In der Arbeiterklasse ging es folglich um die Frage Unterordnung unter die Interessen des Kapitals? oder Kampf um das Gesamtinteresse der arbeitenden Bevölkerungen, also Internationalismus? Kürzer: Krieg oder Frieden? Diese Auseinandersetzung führte zur politischen Spaltung der Arbeiterklasse.

Kann ein heutiger Leser unmittelbar etwas aus der damaligen Zeit auf die heutige Lage übertragen? Heute stehen wir unter veränderten Bedingungen (Individualisierung; Scheitern des ersten Versuchs, den Sozialismus aufzubauen) vor der grundsätzlich gleichen Frage. Weltweit führt das Kapital heute Kriege. In den industriellen Zentren hat sich die Arbeiterklasse politisch einbinden lassen. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen der Lohnabhängigen eingebettet in die Interessen der Kapitaleigner. Jedoch gibt der Blick auf das Wirken Johann Kniefs uns die Möglichkeit einen Bogen von den Erfahrungen vor rund 100 Jahren zu unseren heutigen Bedingungen zu spannen. ■

Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 457 S.

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus Band XV, ISBN 978-3-320-02249-5, EUR 29.80